

**Erstpreis 10 Pfennig**  
 zweites mit Ausnahme  
 der Sonntags- und Feiertage.  
 \*  
**Bezugspreis**  
 monatlich 30 Pfennig frei  
 ins Haus, durch die Post  
 bezogen vierteljährlich  
 1,00 Mk. abo. Postgebühren.  
 \*  
**Die Neue Welt**  
 (Wochenblatt für die Arbeiter-  
 und Bauernschaft),  
 monatlich 10 Pfennig.  
 \*  
**Abbestellen**  
 Schriftlich an die  
 Geschäftsstelle, Nr. 1047.



**Anzeigengebühr**  
 beträgt für die gewöhnliche  
 Anzeigen von 10 bis 20 Pfennig,  
 für aussergewöhnliche Anzeigen  
 25 Pfennig.  
 Anzeigen ausserhalb der  
 Zeit 75 Pfennig.  
 \*  
**Anzeigen**  
 für die nächste Nummer  
 müssen spätestens bis 10 Uhr in der  
 Geschäftsstelle ankommen.  
 \*  
 Eingelagert in die  
 Postzeitungskasse.

**Sozialdemokratisches Organ**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Haupt-Geschäftsstelle: Barz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Schriftleitung: Barz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

**Finanzreform.**

**Bureaunkräftige und sozialdemokratische Grundzüge.**

Die neuen Verordnungen erfordern neue Mittel — nach den letzten Meldungen 80—90 Millionen Mark jährlich — die irgendwie durch vermehrte Steuern eingenommen aufgebracht werden müssen. Es ist deshalb wichtig, die Grundzüge darzulegen, die vom Standpunkte der Sozialdemokratie für eine Finanzreform in Betracht kommen.

Nun hat über die Finanzen des Reiches der Schatzsekretär Rummel eine in der Form listvolle, aber inhaltlich wenig befriedigende Darstellung gegeben und dabei wiederum seine Fassung der Reichsfinanzpolitik und den zur dauernden Geltung der Reichsfinanzpolitik notwendigen Reformen dargestellt. Dabei hat in aller Deutlichkeit angedeutet, was die bureaunkräftige Finanzpolitik von der sozialdemokratischen unterscheidet.

Der Ausgangspunkt von allen finanzreformistischen Debatten bei Herrn Rummel, seit er 1908 sein gegenwärtiges Amt übernahm, war die starke Betonung des Grundzuges: „Keine Ausgabe ohne Deduktion“. Zankritik, als irgendeiner seiner Vorgänger, hat er darauf hingearbeitet, daß mit den anderen Rummelwirtschaft gebrochen wird, die dem Reich in 50 Jahren ungetriebenen europäischen Friedens eine Belastung mit mehr als 5 Milliarden Mark Schulden aufgebürdet hat, darunter nicht weniger als 4 1/2 Milliarden für nichterhebende unproduktive Zwecke. Jede für Jahr bis Ende die stetig steigenden Einnahmen hinter den Ausgaben zurück. Jede für Jahr mußten deshalb zur Begleichung des Defizits neue Mittel ausfindig machen werden.

Mit einer gewissen Vernünftigkeit stellt nun Herr Rummel fest, daß unter seiner Mitwirkung gegen dieses unheilvolle System angekämpft wurde. Die sogenannte Finanzreform von 1909, die dem deutschen Volke neue unerbittliche Steuern bescherte, wird von Rummel stets in dem damaligen Lichte eines notwendigen Opfers des Volkes zur Begründung der Reichsfinanzpolitik herangezogen. Sei dem nun, was nicht alles erreicht, so ist doch ein erfolgreicher Anfang gemacht. In den Augen des Herrn Rummel ist es schon ein großer Erfolg, daß für das diesjährige Budget „nur“ 44 Millionen Mark Anleihe, darunter 13 Millionen für verbundene Zwecke vorgesehen seien. Als leuchtendes Ideal der Reichsfinanzpolitik schwebt ihm der Zustand vor, daß für die nicht verbundene Zwecke überhaupt keine Anleihe mehr aufgenommen zu werden braucht und daß die laufenden Ausgaben stets ihre Deduktion in den Steuern und Abgaben abtun können.

Die Rummelwirtschaft Grundzüge: Keine Ausgaben ohne Deduktion durch Berechnungen der Mittelstellen der Sozialdemokratie sicher. Rummels Streben zur Vermittlung dieses Ideals leidet aber an dem großen Mangel, daß er die bestehenden Ausgaben als ein Kräftelein Mühseligkeit betrachtet und sogar dem stetigen Steigen das Wort redet. Wohl ist es glaubhaft, daß der Schatzsekretär im Einzelnen manche üppig ins Kraut schießenden Vorforderungen des militärischen Land- und Wasserholzes bescheidet, das bestehende Heer und die herrliche Kriegsschiffe sucht er jedoch, wie nur irgendein anderes Mitglied anderer militärisch gebildeten Bureaunkräfte, im vollen Umfang und in völliger Abhängigkeit zu erhalten. Da er den Kräftelein der Reichsfinanzamters nicht verschonen oder abtönen will, wird ihm aber auch seine Befähigung nie gelingen.

Im vollen Gegensatz dazu erhebt die Sozialdemokratie die Geltendmachung der Reichsfinanzpolitik in erster Reihe die erhebliche Verringerung der Ausgaben für Heer, Jäger und sonstige unproduktive Zwecke. Es läßt sich das unsterbliche Leberzeugung nach verwirklichen, ohne die Sicherheit des Reiches irgendwie zu gefährden. Die Notwendigkeit solcher von unserem Standpunkte aus und aus allgemeinen Gründen erforderlicher Verringerung der Mittelstellen braucht hier, als allgemeine von der Sozialdemokratie anerkannt, nicht näher dargelegt zu werden, da es jetzt nur auf deren grundlegenden Bedeutung für die Finanzen des Reiches ankommt.

Würde diese sozialdemokratische Forderung durchgesetzt, so würde nicht nur der Rummelwirtschaft mit einem Schlag ein Ende gemacht werden können, es würden auch die vorhandenen Schulden rascher abgetragen und ohnehin bestehende unerschuldete und besonders schädliche Steuern beseitigt werden können. Ja mehr noch: Man könnte mit leichter Mühe das gesamte ungeladene Reichssteuerwesen von Grund aus umgestalten.

Damit kommen wir aber zu dem zweiten, nicht minder wichtigen Gegensatz zwischen der sozialdemokratischen und der bureaunkräftigen Finanzreform.

Gegenwärtig werden die Bedürfnisse des Reiches fast ausschließlich dadurch durch indirekte Steuern und Zölle, die ja, abgesehen von ihrer schutzpolizeilichen Wirkung, auch nur indirekte Verbrauchsabgaben sind. Regierung und herrschende Klassen halten krampfhaft an diesem System fest, da auf diese Weise bewirkt Ausbreitung der Abgaben dem Volk nicht zum Bewußtsein kommen, wie es die Erhebung direkter Steuern betreiben würde. Würden die schädlichsten Steuern als Kopf- oder Familiensteuer im Reich erhoben, dann würden auch die bisher noch geduldeten und abnungswürdigen Profiteure, Kleinbürger und Bauern reichlich werden.

Die Sozialdemokratie verlangt im Gegensatz zu der Auffassung der herrschenden Klassen Ersetzung der indirekten

ten durch direkte Steuern: In erster Linie Einkommensteuer, Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer. Die Sozialdemokratie benutzt aber jede Gelegenheit, um die Einführung weiterer direkter Steuern zu fördern, immer natürlich unter der Voraussetzung, daß sie an die Stelle indirekter Abgaben treten, ohne die Gesamtlastung des Volkes zu erhöhen.

Bei Vertretung direkter Abgaben hat die Sozialdemokratie aber auch noch einen wichtigen Zweck im Auge. Gegenwärtig sind alle Steuern und Abgaben durch Gesetz festgelegt. Sie können also ohne Zustimmung von Bundesrat und Reichstag nicht abgedreht werden, weder in der Art der Veranlagung noch in der Höhe. Selbst wenn also Reichstag und Bundesrat sich über das Budget nicht einigen könnten, würde die Regierung doch berechtigt sein, alle jene Steuern, Zölle und Abgaben fortzusetzen. Die einzige Ausnahme, die der herrschenden Neufestlegung bedarf, sind die Matrularbeiträge, d. h. die auf den Kopf der Bevölkerung berechneten Beiträge der Einzelstaaten. Sie sind aber in den letzten Jahren bereits auf Verlangen der Regierung in einen Abrechnungsbestand getreten, da man nicht über 80 Bfg. auf den Kopf der Bevölkerung hinausgehen will. In dem diesjährigen Budget belaufen sie sich also netto auf rund 52 Millionen Mark.

An sich sind die Matrularbeiträge ein sehr rohes Umlageverfahren. Sie kommen eigentlich auf eine Kopfsteuer hinaus und belasten die ärmeren Bundesstaaten zugunsten der reichen. Sie werden aber aufrecht erhalten im Interesse des Budgetrechtes des Reiches, da sie dem Reichstage gegenwärtig das einzige Mittel bieten, auf die Höhe der Geldbewilligung einen wenn auch geringen Einfluß auszuüben.

Da dieses an sich irrationelle Mittel der Matrularbeiträge aber nur ein sehr zweifelhaftes und dürftiges Ersatz für die Sicherung des Budgetrechtes durch die jährliche Aufstellung der Einnahmen, erreicht die Sozialdemokratie auch bei der Neueinführung einer direkten Steuer, der Einkommensteuer, die die Bestimmung, daß die Höhe der zu zahlenden Prozente alljährlich von neuem durch den Reichstag zu bewilligen ist.

Sträuben sich jetzt schon die herrschenden Klassen und ihre Vertreter in der Verwaltung gegen die Einführung direkter Steuern überhaupt, so würde die Bureaunkräfte und Herr Rummel voran, insbesondere der jährlichen Neufestlegung oder Quotifizierung einer Einkommensteuer erhärteten Widerstand entgegengeben, da durch die Nachvollkommtheit der Bureaukratie verringert und der Einfluß des Reichstages vermindert würde. Um so mehr hat die Sozialdemokratie allen Grund, auch über diese wichtigen Bestandteile der Finanzreform, wie wir sie verstehen, rechtzeitig Aufklärung zu verbreiten.

**Die Kosten der Wehroverlagen.**

Nach einer halbhoftäufigen Mitteilung der Presse dürften die Kosten der Wehroverlagen sich zwischen 80 und 90 Millionen Mark bewegen. Für Frage der Kostenbedeutung bringt die Nordd. Allg. Ztg. jetzt folgendes Dementi:

Die Zeitungsnachricht, daß zur Deduktion des neuen Wehroverlages auf Sonderheften auf das mobile Kapital herangezogen werden sollen, entbehrt, wie schon früher mitgeteilt, jeder Begründung.

Die demeriterte Zeitungsnachricht entstammt der Post, die den Schwindel jetzt ganz gänzlich beseitigt. Auf die Unzuverlässigkeit dieser Quelle haben wir bei der Registrierung dieser Behauptung bereits hingewiesen.

**Politische Uebersicht.**

Halle a. S., den 28. Februar 1912.

**König Landrat als Wahlmacher.**

Von den preussischen Landräten im allgemeinen und von den pommerischen im besonderen ist man allenthalben geneigt, Landrat v. Walbran im pommerischen Kreise Crimmen trug durch seinen Vorschlag gegen den fortwährenden Mittergutsbesitzer Weder wesentlich dazu bei, daß die freiere Öffentlichkeit näher vertraut mit den preussischen Landratsgepflogenheiten wurde. Weder wurde von einem pommerischen Bericht wegen Verleumdung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, als das Reichsgericht dieses Urteil aufhob, immer noch auf drei Monate eingedöhrt.

Jetzt hat derselbe Landrat Walbran einen neuen verbossenen Vorschlag zur Charakteristik landräterlicher Diktatur geliefert. Im Amtsbezirk des Herrn Walbran fanden sich in der Reichstagswahl der fortwährenden Kandidat Göttsch und der Konservertive Dr. Rangemal gegenüber. Als Landrat glaubte sich Walbran berechtigt, die ihm unterstellten Gemeinde- und Kreisvorsteher folgendermaßen anzuweisen:

Der Landrat, Crimmen, den 18. Januar 1912.

Die Befähigung der staats- und verfassungsmässigen Sozialdemokratie ist von der Agl. Staatsregierung aus Anlaß des gegenwärtigen Wahlkampfes wiederholt und mit Nachdruck als die Aufgabe aller staatsreinen Bürger bezeichnet worden. Im einer irrthümlichen Auffassung der sich hierauf beziehenden auch für die Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltung anzuwendenden Vorschriften, mochte ich hierher mit ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die von der Agl. Staatsregierung in den Vordergrund gestellt Befähigung der Sozialdemokratie sich selbstverständlich nicht darauf beschränkt, daß kein staatsreiner Wähler, gleichwie denn ein Beamter einem Sozialdemokraten seine Stimme geben darf,

sondern daß mit allem Nachdruck dahingewirkt werden muß, daß nur solche Volkswähler in den Reichstag entsandt werden, die den Kampf gegen die Mittergutsparthei mit aller Kraft im Verein mit der Agl. Staatsregierung aufnehmen und durchzuführen willens sind. Von diesem Gesichtspunkte aus hat sich das Verhalten des Beamten auch den bevorzogenen Stimmwähler zu regeln. Ich erlaube, die auch den übrigen dort etwa befindlichen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten in geeigneter Weise mitzuteilen.

In die Herren Guts- und Gemeindevorsteher des Kreises.  
 (gez.) v. Walbran.

Dieser unerhörte Akt der Wahlbeeinflussung und des „nationalen“ Terrorismus würde unweigerlich zur Auflösung der Wahl führen müssen, wenn nicht eben Göttsch noch gehäuft worden wäre, gegen dessen Wahl sich ja gerade die amtliche Wahlbeeinflussung richtete. Das Verh. Abgefallt, den dieser Erlaß in die Hände gefallen ist, stellt die Frage: „Es erhebt sich die sehr ernste Frage an den Herrn Minister des Innern, wie lange er noch Herrn v. Walbran im Kreise Crimmen schalten und walten lassen will? Die im Wehroverlag gerichtliche festgestellten Lebergröße des Herrn von Walbran haben ihn nicht veranlaßt, gegen den Herrn einzuschreiten.“ — Das wird auch jetzt nicht geschehen, denn das ganze preussische Regierungssystem ist auf die Zursache eingestellt, daß die Landräte Konservertive Wahlen zu machen haben!

Weiter erkläre die Liberalen dieses jetzt bestehende System zwar mit gedämpftem Murren, aber über jede Empörung. Wären die Herrschaften wirklich liberal, so würden sie jetzt auf den Tisch schlagen und mit der Sozialdemokratie gemeinsam in der stärksten Form den Wahlrechtstempel kämpfen. Aber wo von Kampf die Rede ist, da hört die liberale Langsamkeit auf.

**Die Schichtarbeit im Handwerksberufe.**

Im künftigen in einem besonderen Reichsgesetz geregelt werden, um zu ermöglichen, daß auch solche Gewerbebetriebe getroffen werden, die der Gewerbeordnung nicht unterliegen, z. B. das Gewerbe der Speditionen, der Versicherungsbetriebe, der Konsumvereine usw. Die ganze Materie wird von nur 15 Paragraphen umfaßt. In § 2 des Entwurfs wird bestimmt, daß in den Kontoren und in den nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen Betrieben des Handelsgewerbes die höhere Verwaltungsbefugnisse oder die Gemeinde eine Beschäftigung bis zur Dauer von zwei Stunden zulassen dürfen. Als Höchstmaß der Beschäftigungszeit setzt der Entwurf drei Stunden fest, doch kann die höhere Verwaltungsbefugnisse eine Beschäftigungsdauer bis zu vier Stunden zulassen. Die Gemeindeverwaltung kann durch fakultativer Bestimmung die dreistündige Beschäftigung für alle oder einzelne Gewerbebetriebe auf längere Zeit einschränken oder ganz unterlagen. Die Polizeibehörde kann ferner für jährlich höchstens sechs Sonn- und Feiertage, an denen öffentliche Verordnungen einen weiteren Beschäftigungserfordernis machen, eine Beschäftigung bis zu zehn Stunden zulassen. Die Stunden können für verschiedene Gewerbebetriebe verchieden festgelegt werden.

**Das Wahlrecht in kleinen Schnitzelgen.**

Die fortschrittliche Volkspartei hat im preussischen Abgeordnetentag bekanntlich den Antrag eingebracht, das Reichstagswahlrecht auf Bezugs unter Verteilung der Wahlkreise zu übertragen. Für den Fall, daß dieser Antrag abgelehnt werden sollte, wird die fortschrittliche Volkspartei nun einen Eventualantrag stellen, in dem nur das allgemeine Wahlrecht mit direkter und allgemeiner Abstammung verknüpft wird. Es soll auf diese Weise dem Zentrum umhändlich gemacht werden, die ganze Wahlrechtsreformfrage zu Fall zu bringen; andererseits will man den Nationalliberalen die Möglichkeit geben, wenigstens einem solchen Antrage ihre Zustimmung zu erteilen. Abgesehen glauben die Fortschrittler, der Regierung damit zeigen zu können, daß selbst in diesem Landtage eine Mehrheit zur Umänderung des jetzt geltenden Wahlrechts vorhanden ist.

Der Plan mag sehr gut ausgedacht sein, aber er zeigt wieder von Mut, Entschlossenheit, noch Kraft und wird von der Junkermeicheit des Klassenhauses schon deshalb verhöhnt und lächerlich als irgendwem bereitwillig werden.

**Der Herzog bleibt steuerfrei!**

Im Altenburg wird gemeldet: Im Landtage wurde am Montag der sozialdemokratische Antrag auf Gleichstellung des herzoglichen Hauses mit den übrigen Landesbewohnern in steuerlicher Beziehung beraten. Nach zum Teil stürmischer Debatte wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Herzog bleibt mit seinen fetten Einkünften steuerfrei.

Es ist natürlich völlig richtig, daß der Herr Herzog nun freiwillig einige Mark Steuern dem geliebten Volke des Vaterlandes zum Opfer bringen wird. Selbstverständlich.

**Aus dem Rudolfsbader Landtage.**

Die fürstliche Kreise brachte Dienstag eine Entjüngungsanmeldung aus Rudolfsbad, nach der die Aufhebung des Landtages, der bekanntlich eine sozialdemokratische Mehrheit hat, unmittelbar bevorsteht. Es wird von einer für Mon-

tag nachmittag einberufenen vertraulichen Sitzung er-  
gibt.  
In der die sozialdemokratische Fraktion an die Regierung die  
Frage richten werden ob sie ihren neuen Wahlrechtsreform-  
entwurf juristisch prüfen wolle oder nicht. Sofern die Regierung  
die Verantwortung dieser Frage ablehne oder beziehe sich auf  
andere, werde die sozialdemokratische Fraktion die weiteren  
Verhandlungen als zwecklos ansehen und zu den Sitzungen nicht  
mehr erscheinen. Die Regierung würde dann, da sie mit  
einem nicht beschlußfähigen Landtag nicht arbeiten kann, die  
Auflösung folgen lassen.

Wie aus von der sozialdemokratischen Fraktion des Abol-  
der Landtags mitgeteilt wird, beruht die ganze Stellung  
auf dem Willen der Regierung. Die sozialdemokratische Fraktion hat an  
die Regierung nicht das Ansehen gestellt, die Wahlrechtsreform-  
entwurf juristisch zu prüfen, und alle daran geknüpften Kombinationen  
sind damit hinfällig. Die Verhandlungen nahmen im Gegenteil  
ihren Fortgang; vorausichtlich wird die nächste Sitzung am  
Donnerstag stattfinden.

**Gewerkschaften zu „politischen Vereinen“ gestempelt.**  
Ein beachtenswerter Prozeß spielte sich vor dem Schöffengericht  
in Dresden ab. Es handelt sich um die Frage, ob die  
Gewerkschaften zu politischen Vereinen gestempelt werden  
sollen. Der Verurteilte des Brauereiarbeiterverbandes  
in Dresden hat eine Strafbefugnis über 10 Mk. bekommen,  
weil er sich vergewaltigt, die Namen der Vorstandsmitglieder des  
Verbandes der Arbeiter einzuschreiben. Die Behörde war unter  
dem Vorwand gestempelt worden, weil sie über 10 Mk. am Reichs-  
tagswahlrecht gegeben hätte. Gegen diese Strafbefugnis hat  
der Verurteilte einen gerichtlichen Einspruch eingebracht. Vor  
Gericht wurde nun von der Polizei als Beweis für die politische  
Zweckmäßigkeit ein Artikel aus der Verbandszeitschrift vorgelesen,  
der zum Inhalt hatte, die sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen  
Interesse zu fördern. Auch ein Artikel über die Feuerung  
und die Bohne wurde von der Polizei als politisch bezeichnet.  
Als Hauptgrund diente die Zahlung der 100 Mk. an den Reichs-  
tagswahlrecht. Es wurde aus den Aktenhütern nachgewiesen, daß diese  
100 Mk. an die Kasse des Verbandes zurückgeführt worden sind.  
Trotz alledem erfolgte die Verurteilung des Verurteilten.  
Wird das Urteil von den höheren Instanzen bestätigt, kann werden  
auch andere Gewerkschaften dransommen und schikaniert  
werden.

### Deutsches Reich.

— Die Parteien des Reichstags. Das amtliche Verzeichnis  
der Mitglieder des Reichstags ist nunmehr abgeschlossen. Es  
gehört Abgeordnete an: der Sozialdemokrat 110, dem Zent-  
rum 88, den Konservativen 45, den Nationalliberalen 44, der  
fortschrittlichen Volkspartei 41, den Polen 18, der Reichspartei  
12, Elsaß-Lothringern 9, der Wirtschaftlichen Vereinigung 8, den  
Welfen 5, der Reformpartei 3, Wille 11.

— Die Parteien des Reichstags. Im preussischen  
Abgeordnetenhaus haben nach dem neuesten, letzten heraus-  
gegebenen Mitgliederverzeichnis die Parteien folgende Stärke:  
Konservative 100, Zentrum 108, Nationalliberal 66 (15  
Polen), Freisinnige 101 (2 Sozialisten), 65 (15  
Sozialdemokraten) 8 Mitglieder; dazu kommen noch zwei Polen  
und ein Welfe. Es gibt also vier Parteien. Es gibt also vier  
Parteien, die zugleich Reichstagsabgeordnete, und zwar 30 Konservativen,  
16 Zentrum, 58 Nationalliberalen, 7 Mitglieder der fortschrittlichen  
Volkspartei, je 5 Nationalliberalen und Polen, 4 Freisinnige,  
1 Sozialdemokrat.

— Reueinstellung der Reichstagswahlkreise. Die fortgeschrittenen  
im hiesigen Landtage haben dort den Antrag eingebracht,  
die Regierung zu ersuchen, dem Bundesrat wegen einer Neu-  
einstellung der Reichstagswahlkreise unter gleichzeitiger Ein-  
führung der Verhältniswahlkreise Schritte zu unternehmen.

— Einmütigkeit gewählt. Im Wahlkreis Friedberg-Ann-  
weide ist der frühere Gouverneur von Süddeutschland, Herr von  
Sudmann, von 287 Wahlmännern „einmütig“ in den  
preussischen Landtag gewählt worden, was bei diesem erbar-  
lichen Wahlkreis natürlich kein Kunststück ist. Von Sudmann  
hat dem preussischen Landtag übrigens schon vor seiner Aus-  
reise nach Süddeutschland angekündigt und hat damals besondere  
Friedlichkeit mit einer Rede über das Treiben auf der Friedberg-  
straße in Berlin erzeugt.

— Die Landtagspräsidentenfrage in Bayern. Die Zentrum-  
presse erklärt, das Zentrum des bayerischen Landtags werde den  
Sozialdemokraten auf keinen Fall den Vortritt lassen. Die  
Zentrumspresse erklärt, das Zentrum werde den Sozialdemokraten  
auf keinen Fall den Vortritt lassen. Die Zentrumspresse erklärt,  
das Zentrum werde den Sozialdemokraten auf keinen Fall den  
Vortritt lassen. Die Zentrumspresse erklärt, das Zentrum werde  
den Sozialdemokraten auf keinen Fall den Vortritt lassen.

### Türkei.

— Neue Friedensvermittlungen? Von Zeit zu Zeit taucht die  
Frage auf, ob diese oder jene Macht der Türkei ihre  
Friedensvermittlung angeboten habe. Sinterber stellte sich  
damit, wenn nicht ein Dementi, so doch wenigstens die Möglichkeit  
ein, daß ein solcher Versuch ergründet werden sei. Der  
Korrespondent in Konstantinopel, der „Luzifer“, teilt mit,  
daß Frankreich bereit sei, im Verein mit den übrigen Mächten  
energetische Schritte in Konstantinopel zu unternehmen, um auf  
die Beilegung des italienisch-türkischen Krieges hinzuwirken.  
Die Mächte der Triplice seien nunmehr untereinander  
einig, auf die Türkei in dem Sinne einzugehen, daß sie ihre  
Truppen aus Tripolis zurückziehen und wegen des Friedens  
mit den Italienern unterhandeln. Die Mächte der Triplice  
erklären sich bereit, diesen Schritt sofort zu unter-  
nehmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß auch die Berliner  
und Wiener Regierungen sich diesem Vorgehen anschließen. Nur  
ein Minderheitsrat der Mächte, so führt das Blatt aus, kann  
den gewünschten Erfolg bringen.

Wenn mit der letzten Verlegung der Anträge erwidert werden  
soll, als ob sich Deutschland und Österreich bis jetzt  
einer Friedensvermittlung widersetzt hätten, so ist das eine  
Annahme, die sich nicht durch Tatsachen begründen läßt.  
— Immerhin ist es aber doch sehr fraglich, ob die Türkei gerade  
im gegenwärtigen Moment Friedensverhandlungen eingeleitet  
werden. Die Besetzung von Beirut hat jedenfalls  
nicht zur Stärkung der Friedensstimmung in der Türkei bei-  
getragen, und auch kein legitimes diplomatisches Empfangen der  
türkischen Forderungen durch die Entente, daß die Vorgänge von  
Beirut den Widerstand der Türkei nicht brechen, sondern neu  
beleben und daß die Türkei auch angesichts einer Inter-  
vention der Mächte zu keinem Frieden zu zwingen sein würden.

Für die Möglichkeit dieser Ansicht spricht namentlich auch der  
Umstand, daß die türkische Regierung mit der Ausweisung  
der Italiener ernst zu machen scheint. Der „Luzifer“ ver-  
sichert, daß in ottomanischen Kreisen in Paris die Über-  
zeugung herrscht, daß die Türkei innerhalb 24 Stunden sämt-  
liche Italiener aus der Türkei ausweisen wird, mit Ausnahme  
der italienischen Arbeiter, die bei öffentlichen Bauten beschäf-  
tigt sind. Aber auch diese sollen in der Ausweisung mit ein-  
begriffen werden, wenn die Italiener eine neue Befestigung  
türkischer Häfen durch ihre Kriegsschiffe unternehmen würden.  
Die Zahl der durch das Ausweisungsdiktat für Syrien und  
Palästina betroffenen Italiener beträgt 11.000.

Der Protest der Mächte an die Großmächte wegen Italiens  
Vorgehen in Beirut hat, dem „Luzifer“ zufolge, für die Türkei  
Erfolg gehabt. Nach dem „Luzifer“ werden alle italienischen  
Truppen aus der Türkei ausgewiesen werden, mit Ausnahme  
der italienischen Arbeiter, die an den türkischen Staat oder an ottomanische  
Unterthanen beschäftigt sind, müßten falls sich die Entente  
zur Ausweisung begeben, außerdem soll ihr Hab und Gut ver-  
kauf werden.

Der Aufruf unter den Albanesen und der Malakoren ge-  
winnt immer mehr an Ausdehnung, besonders hat sich die Be-  
wegung in den an der montenegrinischen Grenze liegenden  
Ortschaften ausgebreitet. Der Kriegsminister beabsichtigt  
60.000 Soldaten nach Skutari zu entsenden, um  
den Ausbruch einer offenen Empörung gegen das konstitu-  
tionelle Regime im Keime mit Waffengewalt zu ersticken.

### Amerika.

Der Überweis des Betrags tritt auch in den Vereinigten  
Staaten immer härter auf und das Erhalten der imperialisti-  
schen Richtung findet in wachsenden Notenanforderungen  
seiner deutlichen Ausdruck. In der Sitzung des Notenaus-  
schusses des Repräsentantenhauses trat der Marineminister  
energisch für die Fortsetzung des Schiffsbauprogramms  
ein, das zwei neue Schlachtschiffe jährlich vorsieht. Nach diesem  
Programm würden die Vereinigten Staaten im Jahre 1917  
bezüglich die viergrößte Flottenmacht der Welt sein, während  
bei nur einem jährlichen neuen Schlachtschiff sie an die fünfte

Stelle rücken würden mit Japan an der dritten Stelle. Ferner  
forderte der Sekretär die Bewilligung von einer Million  
Dollar, um ein vier bis fünf Jahre währendes Testament-  
vermögen zu errichten und den amerikanischen Seefahrern zu  
ermöglichen, überall in ständiger Verbindung miteinander zu  
bleiben.

### China.

Die Republik und die Mächte. Ein Teil der europäischen  
Mächte, zu dem auch Deutschland gehören dürfte, ist von  
Errichtung der chinesischen Republik keineswegs sehr er-  
baut und wird alles daran setzen, der neuen Regierung die größ-  
tmögliche Schwierigkeiten zu bereiten. Der Vertreter des  
Londoner Daily Telegraph in Peking ist der Ansicht, daß alle  
jene Mächte, die noch „ein Bündnis mit China zu pflegen“  
haben, die günstige Gelegenheit benutzen werden, um „ihren  
Vorteil“ in entscheidender Weise wahrzunehmen; sie würden sich  
widerständig wehren, die neue Republik anzuerkennen, bevor  
nicht ihre Bedingungen erfüllt seien. Sowohl Japan wie  
auch Rußland seien, so heißt es weiter, mit der Ab-  
änderung der Dinge in China äußerst unzufrieden,  
und sie ständen auch einem Kabinett mit großem Mißtrauen  
gegenüber, das sich aus ein lauter unbekanntem und unbedeu-  
tenden Männern zusammensetze. Man wisse in Peking ganz  
genau, daß eine Anzahl der Großmächte davon  
durchaus nicht erbaute sei, daß aus China eine  
Republik gemacht würde, und auch diese Tatsache werde  
Quasidiktat das Leben sehr sauer machen.

Ein Konflikt mit Holland. Die Regierung hat die sofortige  
Aufhebung des Vertrages mit den Nieder-  
landen und die Zurückberufung des holländischen  
Gesandten beschlossen. Diese Maßnahme hat ihren  
Grund in dem Vorgehen der holländischen Behörden gegen die  
auf Java lebenden ungefähr 7 Millionen chinesischen Ein-  
wohner. Für die hier ansässigen Chinesen hat die Amster-  
damer Regierung ein Gesetz geschaffen, das die Verhaftung  
und die Gelangene der Chinesen gestattet, ohne sie  
einem Richter sprach zu unterwerfen und ohne  
ihnen das Berufsrecht zu gewähren. Anlässlich der Feier  
der chinesischen Republik auf Java hat nun die holländische  
Regierung mehrere 100 Chinesen in Ge-  
fangenschaft gesetzt, ohne daß dieselben mitgeteilt wurde,  
weßhalb sie gefangen genommen wurden. Die chinesische Re-  
gierung glaubt nun auf diesem Wege sich ihrer chinesischen  
Lohnsteuer im Ausland annehmen zu müssen, indem sie die  
diplomatischen Beziehungen zu Holland abbricht, um die Amster-  
damer Regierung zu bewegen, mit dem chinesischen Kabinett  
in Unterhandlungen über diese Frage zu treten. Sie jetzt weiß  
man noch nicht, welche Haltung die holländische Regierung in  
dieser Angelegenheit einnehmen wird.

### Haus der Partei.

Die Justiz nach wieder hart zu!  
Der gegenwärtig einen Monat Gefängnis verbüßt, wurde wegen  
Verleumdung des Bürgermeisters Dr. Hübschmann zu weiteren  
vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Anklage  
dienten zwei Artikel der Volksstimme vom 8. und 9. Dezember  
als Unterlage. Sie behandelten Vorkommnisse in der gemein-  
schaftlichen Sitzung des Rates der Stadt und der Stadtverord-  
neten vom 7. Dezember. Es wurde darin der Bürgermeister  
Dr. Hübschmann deshalb hart angegriffen, weil er in der  
Generalbesitzung über den holländischen Fall nach der Meinung  
des Abgeordneten Dr. Gensowitsch die Behauptung aufgestellt  
hätte, daß die Gewerkschaften die Arbeiter überhöht fröhen  
in Streiks hineinziehen und weiter, wenn die Sozialdemokratie  
in Chemnitz eine Mehrheit im Stadtratspräsidentenkollegium bekomme,  
so würde hier genau dieselbe „Mißwirtschaft“ einreichen, wie in  
Offenbach oder Mühlhausen. Die Worte des Bürgermeisters:  
„Aber, fröhen, waren als Spitzmaße den beiden Artikeln  
vorausgesetzt. Diese Behauptungen hatte der Bürgermeister in  
der Hauptsache dem Buche des Reichsverwalters Dr. Ludwig  
über Sozialdemokratie und Kommunalverwaltung wörtlich ent-  
nommen, das in dem Teutonia-Verlag erschienen und dessen

### Chadschi-Murat. (Nachdr. verb.)

Roman von Leo Tolstoi.

Chadschi Murat betrat das Zimmer, in dem er mit seinem Kameraden  
Chadonow saß.  
„Na, hast du verpöbelt?“ begann Chadonow, der bei seinem  
Eintritt erwidert war.  
„Am Geomet — ich habe siebzig Rubel genannt und eine  
Glasur lernen lassen.“  
„Und Maria Wassiljowna angeheimelt.“  
„Und Maria Wassiljowna angeheimelt — ganz recht...“  
wiederholte Chadschi Murat.  
„Es ist bald Zeit zum Aufstehen“, sagte Chadonow, „um sechs  
Uhr sollen wir abmarschieren.“  
„Sehe, Wasilja!“ rief Chadschi Murat, „daß du mich ja um fünf  
Uhr weckst.“  
„Damit sie mich prägen, wenn ich sie wecke, nicht wahr?“  
„Weden sollst du mich — hörst du, Merk?“  
„Ja Weh!“  
Wassilja nahm die Stiefel und streifte seines Herrn und  
entsetzte sich. Chadschi Murat legte sich ins Bett, ähndete sich  
lächelnd eine Haarete an und schloß das Lid an. Im  
Dunkeln sah er das lächelnde Gesicht Maria Wassiljownas  
vor sich.  
Der Woznonsow schloß nun nicht loslocken ein. Als die Gasse  
fort waren, trat Maria Wassiljowna auf ihrem Mann zu, blieb  
vor ihm stehen und sagte streng:  
„Nun, wirst du mir jetzt sagen, wer da war?“  
„Aber, meine Liebe...“  
„Ach was, meine Liebe! Es war ein achterer Angehender,  
nicht wahr?“  
„Und wenn es selbst der Fall war — ich darf es nicht sagen.“  
„Du darfst nicht? Gut, dann will ich es sagen!“  
„Es war Chadschi Murat, nicht wahr?“ sagte die Fürstin.  
Sie hatte bereits seit einigen Tagen von Unterhandlungen  
gehört, die Chadschi Murat geführt wurden, und vermutete  
nun, daß Chadschi Murat selbst bei ihrem Namen er-  
scheinen sei.  
Woznonsow konnte nun nicht mehr leugnen, doch berichtete er  
seiner Frau eine Entschuldigung durch die Mitteilung, daß nicht  
Chadschi Murat selbst, sondern nur ein Angehender erschienen  
sei — er habe ihm die Nachricht überbracht, daß Chadschi  
Murat an der Stelle, wo im Saale das Holz gefaselt wurde,  
mit ihm zusammenzutreffen wolle.  
In dem einförmigen Festungsleben, das die jungen Woznonsow  
führten, bot dieses Ereignis immerhin eine Abwechslung,  
über die sie beide erfreut waren. Sie plauderten noch eine

ganze Weile darüber, wie angenehm die Nachricht seinem  
Vater sein würde und legten sich gegen drei Uhr zu Bett.  
4.  
Auf der Nacht vor den gegen ihn ausgehenden Mord  
Schicksal begriffen, hatte Chadschi-Murat drei Nächte schlafen  
verbracht, und als nun Chadschi Murat die Nacht schlief und das  
Zimmer verließ, fiel der Woznonsow in seinen Schlaf. Er  
schloß in seinen Gedanken, auf die Hand, die den Elbogen  
in der roten Daunendecke vergraben, die ihm der Hausherr  
zugeschickt hatte. An der Wand, ganz in seiner Nähe, hatte  
Chadschi Murat niedergelegt. Chadschi Murat, die trüglichen jungen  
Männer, jedoch nur unter der Bedingung, daß auch die Berliner  
und Wiener Regierungen sich diesem Vorgehen anschließen. Nur  
ein Minderheitsrat der Mächte, so führt das Blatt aus, kann  
den gewünschten Erfolg bringen.  
Wenn mit der letzten Verlegung der Anträge erwidert werden  
soll, als ob sich Deutschland und Österreich bis jetzt  
einer Friedensvermittlung widersetzt hätten, so ist das eine  
Annahme, die sich nicht durch Tatsachen begründen läßt.  
— Immerhin ist es aber doch sehr fraglich, ob die Türkei gerade  
im gegenwärtigen Moment Friedensverhandlungen eingeleitet  
werden. Die Besetzung von Beirut hat jedenfalls  
nicht zur Stärkung der Friedensstimmung in der Türkei bei-  
getragen, und auch kein legitimes diplomatisches Empfangen der  
türkischen Forderungen durch die Entente, daß die Vorgänge von  
Beirut den Widerstand der Türkei nicht brechen, sondern neu  
beleben und daß die Türkei auch angesichts einer Inter-  
vention der Mächte zu keinem Frieden zu zwingen sein würden.  
Für die Möglichkeit dieser Ansicht spricht namentlich auch der  
Umstand, daß die türkische Regierung mit der Ausweisung  
der Italiener ernst zu machen scheint. Der „Luzifer“ ver-  
sichert, daß in ottomanischen Kreisen in Paris die Über-  
zeugung herrscht, daß die Türkei innerhalb 24 Stunden sämt-  
liche Italiener aus der Türkei ausweisen wird, mit Ausnahme  
der italienischen Arbeiter, die bei öffentlichen Bauten beschäf-  
tigt sind. Aber auch diese sollen in der Ausweisung mit ein-  
begriffen werden, wenn die Italiener eine neue Befestigung  
türkischer Häfen durch ihre Kriegsschiffe unternehmen würden.  
Die Zahl der durch das Ausweisungsdiktat für Syrien und  
Palästina betroffenen Italiener beträgt 11.000.  
Der Protest der Mächte an die Großmächte wegen Italiens  
Vorgehen in Beirut hat, dem „Luzifer“ zufolge, für die Türkei  
Erfolg gehabt. Nach dem „Luzifer“ werden alle italienischen  
Truppen aus der Türkei ausgewiesen werden, mit Ausnahme  
der italienischen Arbeiter, die an den türkischen Staat oder an ottomanische  
Unterthanen beschäftigt sind, müßten falls sich die Entente  
zur Ausweisung begeben, außerdem soll ihr Hab und Gut ver-  
kauf werden.  
Der Aufruf unter den Albanesen und der Malakoren ge-  
winnt immer mehr an Ausdehnung, besonders hat sich die Be-  
wegung in den an der montenegrinischen Grenze liegenden  
Ortschaften ausgebreitet. Der Kriegsminister beabsichtigt  
60.000 Soldaten nach Skutari zu entsenden, um  
den Ausbruch einer offenen Empörung gegen das konstitu-  
tionelle Regime im Keime mit Waffengewalt zu ersticken.  
Der Überweis des Betrags tritt auch in den Vereinigten  
Staaten immer härter auf und das Erhalten der imperialisti-  
schen Richtung findet in wachsenden Notenanforderungen  
seiner deutlichen Ausdruck. In der Sitzung des Notenaus-  
schusses des Repräsentantenhauses trat der Marineminister  
energisch für die Fortsetzung des Schiffsbauprogramms  
ein, das zwei neue Schlachtschiffe jährlich vorsieht. Nach diesem  
Programm würden die Vereinigten Staaten im Jahre 1917  
bezüglich die viergrößte Flottenmacht der Welt sein, während  
bei nur einem jährlichen neuen Schlachtschiff sie an die fünfte

Mirre der Hausdächer und der über die übrigen Gebäude  
emportragenden Mischee mit dem Minarett im oberen Teil des  
Dorfes. Von der Mischee her ließen sich laute Stimmen ver-  
nehmen.  
Chadschi-Murat sah sein Gewehr an, setzte den Fuß in den  
schmalen Steigbügel, schwang sich leicht auf Pferd und setzte  
sich in dem hohen Sattelpostler zurecht.  
„Gott vergelt“, sagte er, zu seinem Galtrane genannt,  
während sein rechter Fuß genohdenmäßig auf dem zweiten Sattel-  
bügel lag. Dann berührte er mit seiner Rechten ganz leicht  
die Schulter des Anabes, der sein Pferd hielt, um Zeichen, daß  
er zur Seite treten solle. Der Anabe trat zurück, und das  
Pferd wandte sich, als wenn es schon wüßte, was es zu tun  
hätte, mit raschem Schritt aus dem Steigbügel nach der  
Daufröhre zu. Ebdar ritt hinterher, während Ebdar in seinem  
Befehle, die die Arme hin und her schwenkte und abwechselnd  
von einer Seite der schmalen Straße nach der anderen lautend,  
ihnen folgte.  
An einer Anstalt, die auf die Straße hinausging, setzte sich  
ein bewaffneter Schatten, dann ein zweiter.  
„Halt! Wer da? Weib fischen!“ rief eine Stimme, und ein  
paar Gestalten traten den Reitern in den Weg.  
Statt stehen zu bleiben, sah Chadschi-Murat seine Pistole aus  
dem Gürtel, trieb sein Pferd an und sprengte gerade auf die  
Leute los, die ihm den Weg verzeipten. Sie ließen zur Seite,  
als wenn sie zu weichen jagte. Chadschi-Murat sah, daß er  
einen Berg, die Straße entlang, Ebdar folgte ihm in scharfem  
Trabe. Zwei Schiffe hielten hinter ihnen, und zwei Augen  
piffen wüßte, trafen jedoch keinen von ihnen. Chadschi-Murat  
ritt in demselben Tempo weiter. Als er etwa dreihundert  
Schritte von dem bewaffneten Mann hinter sich hatte, sah er  
außer ihm gekommen war, einen Augenblick an und lautete  
in die Ferne. Vor ihm tauchte in der Tiefe ein rasch fließendes  
Wasser. Hinter ihm trübten die Säbne im Dorfe. Durch dieses  
Licht hindurch sah sich plötzlich der Aufschlag von Pferden und  
ein zweiter von menschlichen Stimmen, die von vorne her  
immer näher kamen, vernahmen. Chadschi-Murat trieb sein  
Pferd an und ritt, immer in derselben raschen Gangart, weiter.  
Die Verfolger jagten im Galopp heran und hatten Chadschi-  
Murat bald erreicht. Es waren an die zwanzig Reiter, die ihm  
nachsetzten, lauter Einwohner des Dorfes, die bewaffnet hatten.  
Chadschi-Murat festzunehmen oder sich, um vor Scham ge-  
rechtigt dazuzukommen, wenigstens zu tun zu wollen, als wollten sie  
ihn festnehmen. Als sie so nahe herangekommen waren, daß sie  
im Dunkeln zu sehen waren, machte Chadschi-Murat Halt,  
ließ den Kopf sinken, streifte mit einem rasch Geht der linken  
Hand das Futteral von seiner Wunde ab und sah sie mit dem  
rechten Bogen. Ebdar tat dasselbe.  
„Was wollt ihr?“ rief Chadschi-Murat. „Mich festnehmen?  
Ich nehme mich selbst!“ Und er ritz die Wunde an die  
Schulter.  
(Fortf. folgt.)

Inhalt schon längst vor der Handlung durch den Bürgermeister als völlig unwarhaft nachgewiesen worden ist. Einen Wahrheitsbeweis liegt das Gericht nicht zu. Es lehnte u. a. die Vernehmung des Genossen Heiß-Offenbach ab. Der Schutz des § 193 wurde dem Genossen Müller verweigert.

## Konervative „Mittelstandstretter“.

### Im preussischen Dreiklassenhaufe

wurde am Dienstag die Beratung des Geset. für Handel und Gewerbe fortgesetzt. Als erster Redner sprach

Abg. Ströbel (Soz.).

Er rühte die „Handwerkerfreundschaft“ und „Mittelstands-politik“ der Liberalen und Genossen in die gehäufte Verleumdung und zeigte auch die Mittel und Wege, die dem Handwerker allein noch etwas helfen können. Wir Sozialdemokraten, so führte Ströbel aus, die wir stets, insbesondere im Reichstag, energisch für gerechtere Handwerkerbedingungen eingetreten sind, hätten eben gern die Handwerkerfreundschaft kennen gelernt, insbesondere, da doch auch die sozialdemokratischen Handwerker ihre Kameradschaften zählten. Heber die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes zur Sicherung der Haus- und Grundbesitzerforderungen wird der Reichstag entscheiden. Gemeinwohl ist immerhin, daß die Haus- und Grundbesitzer davon eine Einschränkung der Bau-tätigkeit, also künstliche Mietsteigerung, erwarten. Die Sozialdemokratie wird die Frage vorurteils-frei und mit dem besten Willen für das Handwerkerkapital ins Ausland, fragt aber nicht nach den Ursachen, zu denen auch die Hochschulen gehören, die die Industrie zwingen, Filialbetriebe im Ausland anzulegen. Dem Handwerker und Kleingewerbe kann es nur gut gehen, wenn der Arbeiter lauffähig ist. Trotzdem stellen sich die Mittelständler immer

auf die Seite der Scharfmacher.

Unter den Klagen, die der Weltpolitik und dem Volkswohl zu leiden Kleingewerbe und Arbeiter gleichermaßen. Das ist die „Mittelstandspolitik“ der Kammer und Reichstags. Trotzdem die Arbeiter in der Bevölkerung stehen, hat hier in dieser Debatte noch kein Redner, von ihnen gesprochen. Die Einwände gegen die Befreiung von Arbeitern als Baukontrolleure sind hinsichtlich der Verweigerung der Erfüllung dieser gerechtfertigten Forderung stetig die Mitgliedschaft der freien Gewerkschaften und die Wählerkraft der Sozialdemokratie. Für die wachsende Zahl der weiblichen Arbeiter fordern wir Anteilung von mehr Ämtern, indem bei der Gewerbeinspektion die Letzte wollen mehr zur Mitwirkung von der Gewerbeinspektion berufen werden. Außerdem notwendig ist eine Verbesse-

lung des Arbeitsverhältnisses der Hüttenarbeiter.

Sind doch von 1888 bis 1909 in den rheinisch-westfälischen Hütten 445 195 Unfälle, davon 2878 tödliche, vorgekommen, und in den sächsischen Hütten 119 000 Unfälle. (Göt. Höl. 5. d. Soz.) Durch eine Vermehrung der Gewerbeinspektoren könnte auch die Kinderarbeit eingeschränkt werden, die allerdings zum Teil eine Folge der schlechten Verdienste der Eltern ist. Die Gewerkschaften werden sich jetzt wegen angeblicher Erpressung verweigern, wenn sie Forderungen stellen, aber die Unternehmer dürfen ungestraft Arbeiter auf die Straße treiben lassen. Und da fordern Sie noch ein Verbot des Streikpostens! Das ist Ihr soziales Gefühl! Nicht die Gewerkschaften, sondern

der Kapitalismus ruiniert den Mittelstand

und verdrängt das Kleingewerbe durch Großbetriebe. Die großen Vermögen wachsen immer reicher, aber gegen die Millionäre sprechen die Mittelständler nicht. Im Interesse des Gemeinwohls müßten die Gewerkschaften darin unterstützt werden, konstitutionelle Zustände in den Fabriken durchzusetzen. Selbst christliche Männer erkennen die hohe sittliche Bedeutung der Gewerkschaften an. Aber das Zentrum sagt: Wer knecht ist, soll knecht bleiben. Eine Schädigung der Arbeiterkonsumvermögen ist geradezu ein soziales Verbrechen. Ihre Landwirte sind affektive Genossenschaften in freigelegten den Hüttenhandel und bleiben ohnedies fast steuerfrei. — Außerst dringlich ist das Wohnungsgesetz zur Befreiung des Wohnungselends. Wir bedauern das Scheitern des Pflichtfortbildungsgesetzes. Wegen der Minister nie ver-gessen, daß hinter den Scharfmacherwünschen der Abg. Hammer und Warburg nur eine Volksminderheit steht. Wenn die Interessen der arbeitenden Bevölkerung hier zum Ausdruck kommen sollen, muß erst

das Dreiklassenwahlrecht beseitigt werden!

(Leb. Protok. 5. d. Soz.)

Nachdem noch einige konervative und nationale Abgeordnete ihre „Mittelstandspolitik“ mit „Verständnis“ hatten, wurde von der Regierung schließlich ein Schlussantrag angenommen.

Abg. Warburg (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Es haben hier mehrere Redner unausföhrlich Angriffe gegen die Sozialdemokratie gerichtet. In dem Moment, wo wir auf sie zurückkommen wollen, wird Schluss gemacht. Das mag ja in diesem Hause üblich sein, da es mir schon ein paarmal so gegangen ist, jedoch unabhängig ist das nicht. (Leb. Ochorse recht.)

Vizepräsident Dr. Krause: Wegen dieser Weisung rufe ich Sie zur Ordnung. (Leb. Protok. 5. d. Soz.)

Das Haus tritt in die Einzelberatung ein.

Abg. Warburg (Soz.):

Die Gewerbeinspektion muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß ein ganzer Teil unserer gesetzlichen Arbeiter-schutzbestimmungen in unzulänglicher Weise befolgt werden, speziell im Handelsgewerbe bei der Sonntagruhe. Es können sich viele Klagen darüber, daß die Bestimmungen über die Sonntagruhe von den Unternehmern nicht befolgt werden, und gerade hier ist es doppel und dreifach die Aufgabe der Gewerbeinspektoren, darüber zu wachen, da sich die Handlungsgehilfen in einer viel abhängigeren Stellung befinden als andere Arbeiter. Ich weiß ja, daß ich in dieser Frage auf Widerspruch in diesem Hause stoße, aus dem heraus ja sogar Forderungen auf eine weitere

Einschränkung der Sonntagruhe

laut geworden sind. Vor einigen Tagen hat uns hier im Hause einer der Herren katholischen Geistlichen gesagt, daß berenige, der die Religion verliert, in Gefahr fällt, Verderber zu werden.

Die Frage der Sonntagruhe aber zeigt, daß es gewisse Kreise gibt, für die

die Religion die Agitationsmittel

ist, deren Interesse für Religion und Sonntagruhe aber aufhört, sobald das Fortemomme in Frage kommt. Ferner muß die Aufmerksamkeit der Gewerbeinspektion auf die Sonntagruhe gerichtet werden. Die vielen Unfälle auf den Bauwerken hängen in großer Weise zusammen mit dem Bau-schaffen. Die Arbeiter sind es, die gefordert sein, auf ihn näher einzugehen. Wenn die Gewerbeinspektion diesen Unfällen zu Leibe gehen will, muß sie den Ursachen dieser Unfälle vor allen Dingen nachspüren. Der eigentliche Schuldner ist in den meisten Fällen der Terrain-spezulant. Deshalb werden alle Wohnhäuser, die in dieser Debatte über Schuld der Arbeiter gegen Unfälle gebracht werden, so lange unwirksam bleiben, so lange wir nicht den Terrain-spezulanten in weitgehendem Maße das Handwerk legen. Man hat immer noch nicht eingesehen, daß die Verletzung der Bauordnung mit Grund und Boden kein Geschäftsobjekt sein darf, sondern daß dies eine soziale Aufgabe des Gemeinwohls ist. All diesen Mängeln würde durch eine Einseitigkeit des Grund und Bodens vorgebeugt werden. Der Minister hat in Uebereinstimmung mit dem Abgeordneten Hammer gesagt, daß zur Baukontrolle keine Arbeiter herangezogen werden sollten, da sonst die Gefahr einträte, daß auch sozialdemokratische Arbeiter in der Baukontrolle vertreten wären. Wer ist es denn, der die Politik in diese Frage hineinzieht? Das ist der Herr Minister, der Maßnahmen, die geeignet sind, die Unfälle zu vermindern, aus politischen Rücksichten verweigert. Man sieht, daß jeder Schritt zur Verbesserung der Arbeiterlage erst gegen unmen-schliche Schwierigkeiten erkämpft werden muß. Diese Frage der Baukontrolle ist die beste Illustration zu den langen Auseinandersetzungen, die wir über das angebliche gemeinschaftliche Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von verschiedenen Rednern gehört haben. Es ist beklornt worden, daß der Satz: Wer knecht ist, soll knecht bleiben, Zentrumsausschlag ist. Jedoch hat der Abgeordnete Warburg gesagt: Der christliche Arbeiter hat ein Verständnis dafür, daß der Knecht mehr bekommt als er selbst. Das ist doch inhaltlich genau dasselbe, als wenn der Bischof sagt, daß der Knecht sei, Knecht bleiben solle.

Präsident Freiber v. Erffa: Ich denke, Sie können jetzt endlich einmal zu den Gewerbeinspektoren reden.

Abg. Warburg (Soz.)-fortfahren: Meine Ausführungen hängen insofern mit dem Thema zusammen, als die Unfälle, denen die Arbeiter ausgesetzt sind, und die von der Gewerbeinspektion verurteilt werden sollen, in der abhängigen und schlechtesten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter begründet sind, wie wir eben haben gesehen, die deutschen Arbeiter frei und unabhängig zu machen. (Protok. 5. d. Soz.)

Mittwoch 11 Uhr: Weiterberatung, Etat der direkten Steuern.

Schluss 4 Uhr.

## Gewerkschaftliches.

### Die Buch- und Stein-drucker-Stillfasserarbeiter und Arbeiterinnen

hielten in der vorigen Woche in Berlin einen außer-ordentlichen Verbandstag ab. Der Verbandstag diente in der Hauptsache der Schlichtung eines Konflikts, der zwischen dem Zentralvorstande und der Berliner Ortsverwaltung als Folge der Tariffrage ausgebrochen war. Die Berliner haben den vom Zentralvorstande abgeschlossenen Tarif grundsätzlich nicht angenommen. In einer Versammlung eine Resolution gegen den Hauptvorstand angenommen und auch die Abführung der Beiträge an die Hauptkasse eingestellt. — Das Ergebnis der vierstägigen Verhandlungen war die Annahme eines Vertrauensabkommens — mit sehr knapper Mehrheit — für den Zentralvorstand. — Die Diskussion über die verlorene Streikbewegung endete mit der Annahme folgender Resolution:

„Der außerordentliche Verbandstag ist nach eingehender Beratung über die Ursachen, den Verlauf und den Abschluss der Bewegung im Stein-druckergewerbe zu der Ueberzeugung gekommen, daß es für die Zukunft nicht möglich ist, im Stein-druckergewerbe einseitig solche Bewegung vorzubereiten und durchzuführen. Der spätere Anschlag des Dispersionsals an das Vor-gehen der Gehilfen kann niemals für beide Teile die Erfolge auslösen, die im Interesse der im Gewerbe beschäftigten Gesamtarbeiterschaft erlangen werden müssen.“

Unter Berücksichtigung des Umfandes, daß durch die verlorene Bewegung in einigen Städten noch eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen ohne Arbeit und Unterstützung sind, beschließt der Verbandstag, aus dem durch die ausgeschriebenen Extra-beiträge angesammelten Fonds diesen Mitgliedern auf eine weitere Dauer von fünf Wochen Arbeitslosenunterstützung zu zahlen.

Der Verbandstag erwartet von der Kollegenschaft im Stein-druckergewerbe, daß sie mit derselben Ausdauer und Geschäftigkeit wie bisher, auch fernereit für die Ausbreitung und Kräftigung des Verbandes eintritt, damit mit dem Unternehmern im Gewerbe fester und aktionsfähiger als je zuvor gegenüber stehen können.“

Lohnbewegung der Stukkateure im Unterwiesengebiet.

An Dezember 5. U. befaßte sich eine Bezirkskonferenz der Stukkateure mit der Lohnbewegung im Unterwiesengebiet und Um-gebiet. Beschlissen wurde: das ganze Unterwiesengebiet soll in Gebietsverträge eingeteilt werden, so daß nach Abschluß der Verträge sogenanntes „Freiland“ nicht mehr vorhanden ist.

Im in den unterirdischen Arbeitsverhältnissen Handel zu schaffen, soll der Bewegung auch ein einseitiges Vertragsschema als Unterlage dienen. Bei Einreichung der Verträge für Gebiets- und Betriebsverträge, die bestimmt, die Verträge zum 1. März in Kraft treten zu lassen. — In Bremen läuft der jetzige Vertrag am 31. März ab. Bis heute ist uns noch keine Antwort von den Unternehmern zugegangen. Der Unter-nnehmer-Verband Bremer haben ab beschlossen, für seine sämtlichen ihm angeschlossenen Gruppen — hierzu gehören auch die Stukkateurfirmer — für 1912 die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen beizubehalten, wie sie seit 1911 bestehen. Die Einzelgehälter stellen aber jetzt sehr viel Arbeiterkräfte ein, um möglichst schnell die Arbeit fertig zu stellen.

Aus allem ist mit Bestimmtheit zu schließen, daß es ohne

Kämpfe in diesen Frühjahr hier nicht abgehen wird. Es wird deshalb erlucht, daß alle Einzelleute, Arbeiter und Gehilfen einseitigen Zug nach Danabrid, Wingen, Leer, Emden, Norden, sämtlicher Nordsee-Inseln, Wilhelmshafen, Nordde-nham, Bremerhaven, Aukowen, Stade, Bremen, Buxtehude und Diebsholz fernhalten.

### Vor dem Generatrat der englischen Bergarbeiter.

Ein Teil der Bergarbeiterkraft hat bereits vor der offiziellen Erklärung des Streiks die Arbeit eingestellt. Eine starke Stimmung für den Streik herrscht namentlich unter den Grubenarbeitern in Derbyshire, die jedoch für den Ausbruch einzutreten und ihn zum Teil bereits ausgeführt haben.

Wie verlautet, werden morgen weitere 10 000 Arbeiter in den Hülsen treten sein und Donnerstag stellen weitere Arbeiter in Schottland die Arbeit ein. Ende dieses Monats werden insgesamt 500 000 andere Arbeiter, die an dem Gruben-streik direkt oder indirekt beteiligt sind, feieren. Der Ausbruch wird über eine halbe Million Arbeiter umfassen. Wie zuverlässig berichtet wird, hat Robinsons Äquivalenz den Grubenbesitzern „gedroht“, ihnen im Falle des Ausbruchs keine Truppen zur Verfügung zu stellen (?), und zwar aus staatsrechtlichen Gründen. Er soll weiter die Mächte haben, wie die Grubenbesitzer den Minimallohn nicht annehmen, ihn durch ein Gesetz im Parlament annehmen zu lassen. Die Lords würden ein solches Gesetz nicht verwerfen.

Alle diese Maßnahmen, mit denen wahrscheinlich für die Regierung, Stimmung gemacht werden soll, können nicht sehr wahrscheinlich. Es ist aber immerhin möglich, daß die Regierung zu der Einsicht gekommen ist, daß für der öffentlichen Meinung noch bis zu einem gewissen Grade Rechnung tragen muß. Um sich über die öffentliche Meinung zu versichern, daß die Bergarbeiter große Wünsche auf den Sieg haben. Da der Minimallohn mit geringen Ausnahmen im Prinzip als unannehmbar erachtet wird, so dürfte die öffentliche Meinung den welschen Grubenarbeitern zu Liebe längere Konflikte dulden.

Berlin, 28. Februar. Der Vorwärts läßt sich aus London telegraphieren, hervorragende Führer der Bergarbeiterbewegung verstorben, daß jetzt sehr wenig Hoffnung besteht, die Streitenden zu erhalten.

### Ein Aufruf der sozialistischen Partei.

Die sozialistische Partei hat einen Aufruf an die Bergarbeiter erlassen, in dem die Bergarbeiter als Klassen-halter bezeichnet werden, die die Vergleute ausbeuten und sie hinmorden. Das Manifest fordert die Arbeiter dringend auf, jede Intervention, jede Vermittlung und jede schiedsgerichtliche Entscheidung zu verwerfen und keine bindenden Verträge einzugehen, sondern sich um jeden Preis die Freiheit des Handels zu wahren. Den Arbeiterführern wird dringend geraten, ohne Abstimmung der Arbeiter kein Abkommen zu treffen.

### Die Forderungen der amerikanischen Bergarbeiter.

Der nahe bevorstehende Kohlenarbeiterstreik in England hat den Ernst der Lage in Amerika zusehends vergrößert. In nächster Zeit sollen Verhandlungen stattfinden zwischen den Antragstellerbesitzern und den Vertretern der 175 000 Mitglieder des Verbandes der Vereinigten Grubenarbeiter. Die Grubenarbeiter verlangen den Achtstundenarbeitstag, Prozente Lohnerhöhung und andere kleinere Vergünstigungen nach dem Ablauf des bis zum 1. April geltenden jetzigen Abkommens. Die Grubenbesitzer sind nicht zum Nachgeben geneigt und erklären, sie hätten keine Bezugsquelle vor dem Streik, da der Grubenarbeiterverband sowohl in finanzieller Hinsicht wie auch numerisch schwach sei und bereits eine bedeutende Menge von Kohlen vorrätig sei. Sie gehen insofern zu, daß ein längerer Streik große Verwirrung in der Industrie anrichten und die Konsumenten schwer schädigen würde.

### Politische Ausföhrungen in Lawrence.

In der Stadt Lawrence in amerikanischen Staate Massachusetts, wo seit mehreren Wochen 20 000 Textilarbeiter im Streik stehen, um ihre ermüdete Lebenslage ein wenig zu verbessern, hat die Polizei vor einigen Tagen wieder eine blutige Niederschlagung Streikender veranstaltet. Angeblich infolge der drohenden Salzung der zusammenströmenden Menge, sah sich die Polizei „veranlagt“, „einige Schüsse auf die Demonstranten abzugeben“. Dies war das Signal zu einem furchtbaren Hand-gemeine. Mehrere Beamte wurden durch Steinwürfe nicht unerheblich verletzt. Auch aus den Häusern wurden angeblich auf die Polizisten Schüsse abgegeben, die jedoch keinen Schaden anrichteten. (1) Die Polizei erwiderte das Feuer und verwundete 20 Personen. Dem verhafteten Polizeiaufgebot gelang es mit vieler Mühe, die Ausfallenden zu zerstreuen und die „Aufe und Ordnung“ wieder herzustellen. 50 Verhaftungen wurden vorgenommen. — Mit den brutalsten Gewaltmitteln sollen also die freitenden Arbeiter, die seit Wochen palmt im Kampfe ausharren, zum Nachgeben gezwungen werden.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Ueberblick, Vortrags-nachrichten Paul Cernig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Wod, Volkes Wilhelm Koenen, Provinziales und Verammlungsberichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Großwunders Wurzloffner.  
Trotz allem 20 Jahren unerschrocken.

Sein Opa soll manni 2!

## Neu eingeföhrt: Pelikan-Caramel-Schwartzbier. Heinrich Müllers Ww. :: Schwemme-Brauerei. ::

Fast alkoholfrei. — Diätetisches Bier von höchstem Nährwert.











# Unterhaltungs-Blatt

Beilage zum Volksblatt für Halle und den Saalkreis.

Nr. 17. Donnerstag, 29. Februar 1912

## Grischkas Erlebnis.

Aus dem Englischen des Morris Winchewsky.

Ohne zu übertreiben, kann man behaupten, daß eine echte russische Soldatenuniform in einer jüdischen Auskocherei im Eastend London immer zu einem seltenen Ereignis gehört hat. Als ich daher an einem schmutzigen, regnerischen Abend in Mr. Lebahs Geschäft eintrat — das, nebenbei bemerkt, berühmt war durch die ausgezeichnete Art der dort erhältlichen eingelegten sauren Gurken sowie auch durch die eifrigen Schachspieler, die immer dort anzutreffen waren —, war die ganze Aufmerksamkeit der Verammelten auf Grischka gerichtet; mich setzte es nicht in Erstaunen.

Er war ein hageres, grauäugiges, scharfblickendes, hartloses menschliches Exemplar eines russischen Juden. Ab und zu huschte über sein Gesicht ein melancholisches Lächeln, das von einem nervösen Zucken der Lippen begleitet war, das aber so rasch wieder verschwand, wie es erschienen war, gerade als ob es nicht dagewesen wäre. Ein flüchtiger Blick genügte, um auch dem wenig scharfsichtigen Beobachter zu sagen, daß das Herz des ehemaligen Gemeinen der Infanterie einen großen Kummer barg. Das Schachbrett war heute verlassen. Ein schwarzer König und ein weißer Bischof würden nachträglich in etwas hergenommenem Zustand unter dem Tische gefunden. Die Katze hatte ihren Weg in die Küche gefunden, während Salomon Fiddle, genannt der Beharrliche, so in Anspruch genommen war durch das, was um ihn vorging, daß er die eingeinkelte Zigarette, die er eben an die Lippen führen wollte, um sie zu befeuchten, mit den Fingern zerdrückte.

Als ich in den kleinen dunklen Speiseraum trat, hatte offenbar Grischka schon seit einer kleinen Weile mit seiner Erzählung begonnen. Es schien, als spräche er widerwillig, unter einem Zwange, erst je mehr er fortfuhr, wurde er lebhaft und angeregt.

„Wer Grunha war,“ sagte er, „das sollt ihr sofort erfahren.

Mein Regiment war nach Wilna befohlen. Wir wurden bei den verschiedensten Familien einquartiert. Die Besitzer der Häuser waren entweder Polen, Litauer oder Juden. Russen? Kaum einige. Mein guter Stern führte mich in ein Haus in der Sawitschstraße. Es war ein kleines zweistöckiges Häuschen, Eigentum eines ziemlich wohlhabenden jüdischen Geschäftsmannes. Wie ich in der Folge erfuhr, war er Witwer und hatte zwei Kinder, einen Sohn, der in Petersburg Medizin studierte, während die Tochter zu Hause war und ihm den Haushalt leitete. Sie war zu dieser Zeit kaum den Kinderschuhen entwachsen, ein liebenswürdiges, wenn auch nicht gerade schönes Mädchen, dafür aber hatte sie genügend Mut, um eventuell sogar Osman Pascha bei Plewna vors Angesicht zu treten, und warmherzig war sie, wie nur irgend eine barmherzige Schwester sein kann. Sie hieß Grunha. Sie war mir gegenüber zuerst sehr schüchtern. Auch bemerkte ich in der Folge, daß sie in meiner Gegenwart immer alles verbarg, was sie gerade las. Wißt ihr, ich hätte ja ein Spion sein können. Doch gab sie das bald auf und eines Tages ließ sie auf dem Tisch des Wohnzimmer ein bedrucktes Blatt liegen, das ein kleines revolutionäres Lied enthielt. Ich las es. Ein Schauer durchfuhr mich. Ich hielt es für die blutdürstigste Sache, die je geschrieben worden ist. Es sprach vom blutigen Sieg des Volkes über seine Bedrücker.

Als ich es zum zweitenmale las, trat sie ins Zimmer. Das kleine tapfere Weib blickte mich nur an, sagte aber nichts. Auch ich verhielt mich still. Ich gab ihr das Papier zurück und sie verbarg es darauf. Was sie mir vom Gesicht ablas, weiß ich nicht; aber jedenfalls mußte sie gedacht haben, was auch immer meine Ansicht wäre, sie zu verraten schien mir nicht ähnlich.

Ohne mich eigentlich in ihr Vertrauen einzubeziehen, mißtraute sie mir jedoch von diesem Tage an nicht mehr. Aber ich war für sie auch weiterhin nichts mehr als der in ihrem Hause einquartierte Soldat; ein ungeborener Gast, der, wie die Lebensart ging, schlechter sei wie ein Tataar.

Eines Tages kam plötzlich eine Wendung in unseren Verkehr. Und das folgendermaßen.

Ich sah schon geraume Weile mit der Pfeife im Munde am Fenster und blickte die Straße hinab. Auf einmal sprang ich auf, stürzte in den Nebenraum, wo ich sie gerade wußte und wo sie, wie mir bekannt war, in einem Schranke sozialistische Blätter und Broschüren aufbewahrt hatte. Sie sah mir mit großem Erstaunen zu, wie ich mir die Taschen meines Rockes mit ihrer Literatur anstopfte und wieder aus dem Zimmer stürzte und ihr noch im Davoneilen ein Pamphlet aus der Hand riß, in dem sie eben gelesen hatte. Eben wollte sie eine heftige Bemerkung machen, als ganz unzeremoniell die Türe aufgerissen wurde. Ich hatte gerade noch so viel Zeit gehabt, um meinen Fensterplatz wieder einnehmen zu können, als der Polizeikommissär des Distrikts ins Zimmer trat, die Tür hinter sich offen lassend. Im Vorderhause sah ich drei Schulleute.

Er begrüßte Grunha mit einigen spöttischen, höflichen Worten und dann begann er mit der Hausdurchsuchung. Mit dem Schlüsselbund in der Hand folgte sie ihm durch alle Teile des Hauses, sperrte auf Befehl jeden Schranke, jede Kiste und jeden Verschlag auf. Wäre er auf der Suche nach einem geheimen Schatz gewesen, er hätte nicht gründlicher vorgehen können. Plötzlich hörte ich sie in ihrem Schlafzimmer sprechen und ich postierte mich in der Nähe der Tür. Ich befürchtete, daß ich etwas übersehen hätte. Der große Kleiderschrank wurde zuerst geöffnet, dann der Schreibtisch. Jedes Kleidungsstück wurde mit der größten Genauigkeit untersucht, die Taschen umgewendet und die Wäsche durchstöbert. Nachdem dies geschehen war, zerriß er die Polsterzüge, durchsuchte die Federn, befühlte alle Matratzen, hob die Teppiche auf und betastete schließlich die Wände. Enttäuscht und unerrichteter Sache betrat er wieder das Wohnzimmer, wo ich mich befand.

Auf einem Regal standen einige Bücher. Er nahm eines nach dem andern, wendete sorgfältig die Blätter, untersuchte die Einbände, blickte in die Rückenleisten der gebundenen Bücher, als er sie ausbreitete. Erst nachdem er noch die Bilder an den Wänden aufgehoben hatte, gab er sich zufrieden. Er mußte sich nun sagen, daß er der Gefoppte war, ziemlich blöde blickte er drein.

Nun nahm ich plötzlich eine Veränderung in seiner Haltung wahr. Die frühere spöttische Höflichkeit wurde merklich wärmer. Sein Gesicht heuchelte einen gütigen Ausdruck, er stüßte etwas, und ich sah Grunha erleiden. Bestürzt stand sie einige Augenblicke da, dann erwiderte sie kurz und brachte ihn damit beinahe außer Fassung. Sein Gesicht nahm jedoch sofort wieder den offiziellen höflichen Ausdruck an, und sich der Tür und den Schulleuten zuwendend, gab er ihnen zu verstehen, daß sie sich entfernen könnten, da weiter hier nichts zu suchen wäre. Er selbst hatte beinahe schon die Schwelle überschritten, als er wieder ins Zimmer zurücktrat, sich vor Grunha hinstellte und mit einem perfiden Lächeln sagte, daß er bestimmt glaube, daß sie einige Papiere unter ihren Kleidern verborgen habe. „Es tut mir leid,“ sagte er, „vor die Notwendigkeit gestellt zu sein, Sie untersuchen zu müssen.“

Ich sprang wütend auf. „Das wird nicht geschehen,“ donnerte ich, „keinesfalls so lange ich hier bin. Entfernen Sie sich sofort, mein Herr. Und meinettwegen können Sie mich für den Rest meines Lebens nach den sibirischen Minen bringen, ich werde es aber zu verhindern wissen, daß diese junge Dame weiter durch Sie belästigt wird. Darum sputen Sie sich, ja, und das sofort!“

Da er wußte, daß sein schmutziges Ansinnen ungescheit war, sagte er nichts darauf, sondern forderte nur Papier, Tinte und Feder. Ich reichte ihm das verlangte. Er setzte sich zum Tisch, nahm ein Protokoll auf, ich mußte ihm meinen Namen und mein Regiment nennen und er erzwang eine Schilderung des Vorgefallenen und schilderte natürlich mein Vergehen mit den grellsten Farben. Als er damit fertig war, stand er auf und sagte zu mir in einem hochtrabenden Tone: „So, mein hübscher, junger Mann, das wird alles an die richtige Adresse gegeben werden.“ Und damit entfernte er sich.

Grunha und ich blühten uns an. Im Kriege mit den Türken hatte ich oft Gelegenheit gehabt, dem Tode ins Auge zu blicken, aber jetzt machte mich Grunhar hoffnungsloser, tieftrauriger Blick ganz fassungslos. Ich ging zu meinem Fensterplatz zurück; kaum sah ich aber, als sie zu mir trat und ihre zarten Arme mich umschlangen und sie mir einen innigen Kuß auf die Stirn drückte.

Nun vergingen wieder einige Tage in dem gewöhnlichen Einerlei und als ich mich eines Morgens damit beschäftigte, mir einige Notizen zu machen, setzte sich Grunha ganz unermittelt zu mir.

„Erzählt mir einiges aus Eurem Leben, Grischa,“ sagte sie. Sie nannte mich zum erstenmal Grischal. Seit ich Soldat war, wurde ich nur immer Grischla (eine entstellte Form für Grigori) gerufen.

Ich verhielt mich ihrem Wunsche gegenüber ablehnend. Was hat sich Besonderes in meinem Leben zgetragen, das sich gelohnt hätte zu erzählen? Doch sie bestand darauf und so erzählte ich ihr alles in ziemlich hastiger Art, soweit meine Erinnerungen reichten. Wie sie zuzuhören verstand! Alles, was ich erzählte, schien für sie von besonderem Interesse zu sein. Sie selbst sprach wenig, nur gelegentlich machte sie eine Bemerkung, und dann nur zu dem Zwecke, um mich von manchem zu unterrichten; sie tat das aber mit so viel Laft und Partgefühl, daß mir nur ja nicht der Gedanke ihrer geistigen Ueberlegenheit kommen konnte. Dann sollte ich ihr wieder einmal vom Volke erzählen, von dessen Lebensweise, und bei solchen Gelegenheiten prophezeite sie große Dinge. So unterhielten wir uns manchmal und da fragte sie auch einmal bei einer solchen Gelegenheit folgendes: „Sag', Grischka, nehmen wir an, das Volk reboliere und man forderte von dir, auf es zu schießen?“ Dieser Gedanke ist mir noch nicht in den Sinn gekommen, doch zögerte ich nicht mit meiner Antwort, und sie schien davon befriedigt zu sein.

Eines Abends gingen wir zusammen spazieren. Da begegneten wir einer Anzahl junger Leute ihres Bekanntenkreises. Sie beachtete sie kaum. Nach einer Weile klagte sie über Müdigkeit und nahm meinen Arm. Sie zitterte am ganzen Körper, als sie sich auf mich stützte. Ich blickte sie von der Seite an. Was konnte mein Liebling haben? dachte ich.

„Es ist nichts, mein Freund,“ sagte sie, als hätte sie meine Gedanken erraten.

Den nächsten Morgen erhob sie sich später als gewöhnlich. Ich war dadurch sehr beunruhigt. Die Zeit schleppete sich ganz endlos langsam hin. Endlich erschien sie im Wohnzimmer. Als sie mich grüßte, dachte ich, eine ganz andere Person vor mir zu haben. Sie war förmlich höflich und nicht einen ihrer gewöhnlichen freundlichen Blide gönnte sie mir.

Sie entfernte die Dienerin und dann wendete sie sich mir zu. „Grigori Abramowitsch,“ sagte sie.

Ich war auf das tiefste durch diese Ansprache betroffen. Wie konnte ich sie nur verkehrt haben? dachte ich.

„Sie sagten mir vergangenen Abend,“ fuhr sie fort, „daß Ihr Regiment demnächst von hier abmarschieren dürfte.“

Sie unterbrach sich atemlos.

„Wenn Sie nicht mehr da sein werden, werde ich mich vor der Gefahr nicht schützen können, wenn sie wieder an mich herantritt. Es würde mir auch nichts daran liegen, ob man mich verhaftet oder auch nicht — wir werden uns sicher wieder begegnen, und wenn, müssen Sie mir versprechen . . .“

„Ihr treuester Diener zu sein, Gruschenka,“ sagte ich. „Ich bin bereit, für Sie durch Feuer und Wasser zu gehen. Du bist so zart, mein Kind, so sensitiv und doch so tapfer. Du hast einen Kerl wie mich nötig, um dir zu dienen und dir zu folgen.“

„Nein, Grischka, sag' das nicht,“ unterbrach sie mich. „Keinen Diener hab' ich nötig. Da nimm das und erinnere dich öfter meiner.“

Sie zog einen Ring vom Finger ihrer rechten Hand und steckte ihn mir an meinen kleinen Finger. Sie umarmte mich und als sich unsere Lippen zum ersten und letztenmal begegneten, schluchzte sie, um das stärkste Herz zum Brechen bringen zu können.

Grischla hielt in seiner Erzählung inne. Einer der Gäste reichte ihm ein Glas zum Trinken und er nippte daran. Dann fuhr er in kurzen, abgebrochenen Sätzen fort, wie jemand, der schon sehr erschöpft ist und trachtet, mit seiner Erzählung zu Ende zu kommen.

„In Tula,“ sagte er, „hörte ich, daß sie einige Wochen nach meinem Abmarsch von Wilna verhaftet worden ist. Ich ver-

schaffte mir Zivilkleidung, sie packte mir zwar nicht, aber meinem Zwecke diente sie. Ich packte meine Uniform zusammen und kniff aus. Sie sagte einmal gelegentlich, daß sie gern einmal hierher in das freie Land kommen möchte. Nun bin ich hier, schon seit einiger Zeit. Sie könnte ja vielleicht doch Gelegenheit zur Flucht haben. Wer kann es wissen? Ich studiere und lese, so viel ich kann — ihr zuliebe. Täglich gehe ich auf das Hamburger Dock, um zu hören, wann ein Dampfer fällig ist. Es könnte doch sein, daß ich sie einmal treffe. Gestern war ich ganz durchnäßt vom Regen. Ich mußte fünf Stunden warten. Das macht aber nichts. Wollt ihr ihren Ring sehen? Da seht.“

Als er ihn uns zeigte, standen Tränen in seinen Augen, und nicht nur in den seinen allein.

## Erbmonarchie und Psychiatrie.

Für die Erforschung der menschlichen Vererbungsgesetze gibt es kein reicheres Material als die Geschichte der monarchischen Familien. Dennoch sind gerade diese Quellen bisher nur wenig und sehr behutsam ausgeschöpft worden. Leicht erklärlich in monarchisch regierten Ländern. Sind doch die Einzelercheinungen in der Biologie der Fürstengeschlechter ebensoviele Tatsachen zur Belämpfung der Erbmonarchie. Was die Vernunft ohne weiteres einsehen läßt, bestätigen alle Ergebnisse forschender Erfahrung. Im Lichte der Vererbungsforchung wird das Gottesgnadentum zu einer Schicksalstragödie unheimlicher und unentrinnbarer erblicher Belastung. Gespenster tausendjähriger Vergangenheit gehen im Blut und Gehirn der regierenden Familien um. Die Ahnentafel wird zum Altersarchiv psychiatrischer Merkmale.

Gerade auf diesem Gebiete der Forchung hat freilich äußerste Vorsicht zu walten. Man darf nicht Eigenschaften auf Vererbung zurückführen, die immer aufs neue durch die besonderen Lebensbedingungen der monarchischen Spröcklinge erworben sein können. Wo man die dunklen Geheimnisse des „Blutes“ zu enträtseln versucht, hat man es vielleicht nur mit den zwingenden Wirkungen der staatsrechtlichen Ordnung zu tun. Im Wesen der Monarchie selbst liegen gefährliche Daseinsbedingungen, nicht nur für die ihr Untertworfenen, sondern auch für ihre Träger. Sofern aber auch ungewisselhaft geistig-körperliche Vererbungserscheinungen vorliegen, wo in der Tat die Summe der Ahnen das fürliche Individuum bestimmt, muß noch behutsam abgewogen werden, auf welche Weise die jeweiligen politischen, sozialen, gesellschaftlichen Zeitumstände die erbliche disponierte Beschaffenheit des dynastischen Familiensprossen in besonderen Meinungen, Empfindungen und Handlungen nach außen treten lassen. Ein Varr, auf dem Thron einer absoluten Zwerghmonarchie im 18. Jahrhundert konnte sich natürlich ganz anders austafen, als ein konstitutionell beschränkter Geisteskranker, der im 20. Jahrhundert in einem Weltreich regiert, sich durchzusetzen vermöchte.

Verüfflichtigt man alle diese anderen Einwirkungen und sondert sie von der Kausalität der Vererbung, so bleibt immer noch ganz Bedeutames zu erforschen, was unstrittig nur auf den Gebiete der Abstammung seine Lösung finden kann. Daß die Königslinie der Wittelsbacher in zwei geisteskranken Brüdern endigt, in Ludwig II., der bei einem Fluchversuch oder durch Selbstmord im Starnberger See umkam, und in Otto I., der immer noch in einem Winkel des einsamen Schlosses Fürstentried als lebender König hindämmert, ist gewiß nicht allein durch ihr monarchisches Amt, auch nicht durch bayrisches Parteiwesen, preußische Macht- und Kriegspolitik, auch nicht durch Richard Wagner und liberale Ministerintrigen hinreichend zu erklären. Ebenso wenig, wie aus solchen Umständen erklärt werden kann, daß Ludwig II. an Verrücktheit (Paranoia), sein Bruder an frühzeitiger Verblödung erkrankte (Dementia praecox). Auf die Erblingsformen auf Ablauf und Verschleimung der Krankheit haben bei Ludwig II. die besonderen Umstände, in denen er wirkte, sicher bedeutungsvoll eingewirkt, seine geistige Organisation aber war sicher von Geburt bestimmt.

In einer lesenswerten Studie unternimmt es soeben der Jenaer Professor Strohmayr aus der Abstammung der beiden Wittelsbacher ihr Verhängnis zu erklären. Der Forscher geht äußerst vorsichtig zu Werke. Er bindet sich nicht an die Vererbungsgesetze, die in der Wissenschaft heute Geltung haben, wie sehr er auch immer die Mendelschen Vererbungsformen anerkennt. Er geht unternommen von den Erfahrungs-tatsachen und einer Forschungsmethode aus, die sich an den Ergebnissen der Pferdezucht geschult hat. Nirgends findet die Ver-

\*) Psychiatrisch-genealogische Untersuchung der Abstammung König Ludwig II. und Otto I. von Bayern. Von Professor D. W. Strohmayr. Grenzfragen des Nerven- und Seelenlebens. Herausgegeben von Dr. L. Löwenfeld. Heft 83. Wiesbaden. Verlag von J. F. Bergmann. 1912.

erbungslehre so sicheres Material, wie in den Stammbäumen (Pedigrees) der edlen Geste.

Die geistige Anormalität in alten Fürstfamilien läßt sich weder mit dem Schlagwort „Entartung“ erledigen, noch durch den Fabelbegriff „Inzucht“ erklären. Die tatsächlichen Vorgänge sind viel verwickelter. Inzucht ist nicht an sich rascheverderbend. Aber die Binnenfortpflanzung hat die Wirkung, sowohl die guten wie die schlechten Eigenschaften zu häufen. Wird die Inzucht durch Generationen getrieben, so wächst die gefährliche Wahrscheinlichkeit, daß gleich gerichtete Gebrechen der Geпаарten verheerend wuchern. Der Ebenbürtigkeitswahn der Dynastien leistet diesen Entartungen der Inzucht Vorschub, und vielleicht wäre die Schicksalstragödie der regierenden Ebenbürtigkeit noch viel graufiger, wenn nicht die und da ein frommer Stallknecht, illegitim zwar, doch wohlthätig, für die Auffrischung des verpesteten Blutes gnädig gesorgt hätte.

Strobmayer geht nicht allzu tief in die Jahrhunderte der Ahnen zurück. Und doch, welche Häufung unseliger Gestalten drängt sich schon um die verfluchte Wiege des Getrönten: Wahnsinnige und Sonderlinge, Narren und Wüteriche, Trunkebolden und Wüstlinge neben das Geschlecht ihrer Nachkommen. Syphilis, Schwindel, Gift, Wasserlucht vergiften den Keim des Königsgeschlechtes. Nymptomane unter den Frauen, Urnänge unter den männlich Geborenen ebnet die Bahn zum endlichen Zusammenbruch. Melancholie, Verfolgungs- und Größenwahn, Impotenz, moralischer Schwachsinn, delirierende Wieselgäßigkeit neben das Nek, in dem sich die letzten Nachkommen unentrinnbar verfangen.

Die graufige Erbbürde haben Ludwig und Otto, nach der Meinung des Forschers, weniger von den väterlichen Wittelsbachern als von den mütterlichen Hohenzollern übernommen, von Marie, der Prinzessin von Preußen. Diese Frau schleppt mit sich das Verhängnis vielfältig und krankhaft gebüelter Inzucht. Ihre Eltern sind Geschwisterkinder aus dem landgräflichen Hause Hessen-Darmstadt. Auch die mütterlichen Urgroßeltern sind Geschwisterkinder. Mit ihren Urgroßeltern väterlicherseits. Sie stammt von dem Prinzen August Wilhelm von Preußen, dem Bruder Friedrich II. (des „Großen“) ab, in dem das kranke Braunschweiger Blut in potenziertem Inzucht gärt; August Wilhelms Mutter ist die Tochter von Geschwisterkindern und sie heiratet ihren Vetter. Die verflungenen Vererbungs-fäden der Bayernkönige Ludwig und Otto laufen immer wieder auf jenen Wilhelm den Jüngeren, Herzog von Braunschweig-Lüneburg, zurück, in dessen Lebenszeit von 1585—1592 sich das Schicksal eines großen Teils der künftigen Zukunftsgeschlechter Europas entschied. Wilhelm der Jüngere endete im Wahnsinn, dessen Keim er in sieben Söhne und acht Töchter verpflanzte hatte. Aus seinem Geschlecht und seiner Art ist der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. von Preußen, der Vater des „großen“ Friedrich: maßlose Wutausbrüche wechseln mit frömmelnd menschenscheuer Zerknirschung. Er leidet an Gichtanfällen, hält pietistische Predigten, will gelegentlich seine Krone niederlegen und versucht einmal, sich in seinem Rollstuhl mit einem Estrich zu erdroffeln. Mütterlicherseits gehört Friedrich Wilhelm einer Familie von männlichen und weiblichen Säugern an; so ist die Luise Juliane von Oranien im Säugernwahn gestorben: Pfälzer Alkoholismus- und Braunschweiger Geisteskrankheit verschlechtert das oranische Erbe.

Sehen wir uns weiter in der Familie um, so finden wir Georg I. von Hannover, von dessen „wunderlichem Hirnlasten“ einmal seine Waise, die Elisabeth, spricht: mißtrauisch und verschlossen bis zur Verrücktheit. Freilich brachten die Hannoveraner auch einen w e r t v o l l e n Blutsctropfen in das Geschlecht der Hohenzollern, den die Eleonore d'Orléans, einer französischen Adligen, deren Familie tüchtige Individuen aufweist. Auf diesen unmonarchischen französischen Einschlag führt Strobmayer die geistige Bedeutung ihrer Enkelin Sophie Dorothea von Preußen und auch die Fähigkeiten Friedrichs II. von Preußen zurück.

Wir treffen ferner auf Georg II., die Karikatur eines hohlföpfigen Bedanten, mit tollem Geiz behaftet, erblindend; sein Enkel war der geistesranke Christian VII. von Dänemark. Georgs III. Wesen erklärt der Arzt als arterio-sclerotische Hirndegeneration; er starb, blind, in lindischer Verblödung. Sein Gang zur Einfiedelei trägt mande Rüge Ludwigs II. Dessen Sohn, Georg IV., war ein Wöller und Säufer, der Brantwein literweise vertilgte. Blind war auch Georg V., dessen skrankenloser, romantischer Königswahn an die letzten Jahre Ludwigs gemahnt.

Dies unselige Braunschweiger Blut läßt sich auch in den Hohenzollernischen Vorfahren der Bayernkönige verfolgen. Prinz August Wilhelm litt an Gehirnschwäche. Dessen Bruder Friedrich II. und Prinz Heinrich starben ohne Nachkommen, und beide waren homosexuell veranlagt. Hier kann man eine ganze Dynastie von Urningen sich entwickeln sehen, von Jakob IV. von England über die beiden Hohenzollern und Wilhelm III. von Oranien bis zu Ludwig II. und den in die Gegenwart führenden Häden, „die hier aufzudecken (schreibt der Verfasser) die schuldige Achtung vor den Lebenden verbietet.“

Die Gemahlin August Wilhelms bringt wieder die Ergebnisse Braunschweig-Wolfenbütteler Inzucht in die Ehe und das Geschlecht ihrer Nachkommen. Da treffen wir auf einen Sphilitiker, der — nach einem grausamen Biß Friedrich II. — seine Nase in einer Schlacht gegen die Franzosen (Lües) verloren hatte. Auch der Typ des phantastisch abenteuerten Kunstsittleranten begegnet uns in Ferdinand Albrecht I. von Braunschweig-Wolfenbüttel, der müßigerte und dichtete, selbst die Gefangnisse mit seinen grotesken deutschen, lateinischen und französischen Inschriften zierte, Schlösser nach dem Stil seines verschöbened Gehirns baute und einrichtete, schließlich als ein von Verfolgungsideen gepeinigter, melancholischer Barockler endete. Dessen Enkelin ward durch die Heirat mit dem Prinzen August Wilhelm von Preußen Vorfahrin Ludwigs II. und Otto I.; diese Frau ist doppelt belastet; der väterliche Großvater ist Barockler, der mütterliche ein ausschweifender Sphilitiker.

Die körperliche und geistige Entartung Friedrich Wilhelm II. von Preußen, des Sohnes des Prinzen August Wilhelm, ist allgemein bekannt; auch seine Ehefrau brachte aus dem Hause Hessen-Darmstadt eine reiche Mitgift menschlicher Veränderlichkeiten mit. In Ludwig IX. von Hessen-Darmstadt finden wir den hemmungslosen Despoten, herrisch und ängstlich, gepensergläubig, der aus Furcht des Nachts wachet und erst bei Tagesanbruch zur Ruhe geht. Auch die schönen Nünste draugsaliert er; viele Tausende von Märchen hat er „komponiert“. Der ganze Stamm ist kurzsichtig. Jeder der direkten Vorfahren Ludwigs IX. „ist mit einem kleinen Narrenzeichen versehen“; dies kleine Narrenzeichen besteht mehrfach in grauenhafter Gschlechtskrankheit.

Die Tochter Ludwig IX. von Hessen-Darmstadt, Karoline, ist eine „Geistesfehlerin“, die blutige Bifionen hat. Auch sie wandelt Tag in Nacht, und Nacht in Tag — wie ihr direkter Nachkomme König Ludwig II.

Eine minder schwere Erblast ruht auf den väterlichen Ahnen Ludwigs II., den Wittelsbachern. Immerhin ist auch das Blut dieses Geschlechtes nicht gesund genug, um die furchtbaren Wirkungen des Muttererbes aufzuheben. Die bayrischen Könige stammen von den Zweibrüden-Birkenfelder Pfalzgrafen, von denen Friedrich Michael 1746 katholisch wurde. (Das heute Bayern regierende Haus ist also ursprünglich protestantisch!) Dieser Konvertit ist der Vater des ersten Königs von Bayern, Max I., dessen Bruder Herzog Karl von Zweibrüden einer der wüßtesten Menschenkinder der Zeit gewesen ist, grausam bis zur Bestialität, ein sinnloser Verschwender für Weiber, Hunde und Pferde.

Von den neun Kindern Max I. zeigen die Kinder der Prinzessin Ludovica Spuren geistiger Anormalität, so die öfterreichste Kaiserin Elisabeth, die Lucretia tötete, und Sophie, die Verlobte Ludwigs II., die zeitweilig an melancholischen Zuständen litt. Max' ältester Sohn, König Ludwig I., ist nicht unversehrt — weder in seiner Leidenschaft zur Loba Mose's noch in seiner Partizipial- und Estelen-Dichterei. Seine Gattin steuerte zu dem Familienstuhle seelischer Monstrositäten nicht unerheblich aus den sächsischen Herzogtümern. In deren Abneureiche hängen Serenissimusfiguren wie Ernst August I. von Sachsen-Weimar, berühmt durch seine Verordnungen; so befehlet er als unfehlbares Mittel, Brände zu löschen: „in allen Städten und Dörfern hölzerne Teller mit einem Feuerpfeile, nach begebeter Zeichnung versehen, anzuschaffen, und diese Teller freitags bei abnehmendem Monde zwischen 11—12 Uhr mit frischer Tinte und neuer Feder mit den Worten beschreiben: „An Gottes Allmacht liegt's. Consummatum est“ bei jeder vorfallenden Feuersbrunst im Namen Gottes ins Feuer zu werfen.“ Seine Frau war mannstoll.

Ludwigs I. Kinder sind keineswegs intakt. Neben so rüstigen Erscheinungen wie dem Prinzregenten Luitpold findet sich doch auch die geistesranke Prinzessin Alexandra, die sich einbildete, ein Klavier oder Sofa im Kopf zu haben. So schlepte auch der Thronerbe Max II., Luitpolds ältester Bruder, schon ein gefährvolles Erbe mit sich, das dann die Paarung mit der preußischen Prinzessin zur Katastrophe steigerte . . .

Die Erbmonarchie trägt den Verfall und Untergang im eigenen Blute. Scheint die Luitpoldlinie, trotz der Sabsburger Inzucht der Gattin — Luitpolds früh verstorbenen Frau Auguste von Toskana hat in der 32-Abnenreihe nur 14 Ahnen, weiß ihre väterlichen Urgroßeltern zwei Geschwisterpaare — sich zu erhalten, die physisch-politische Belastung mit den Schädigungen einer übersteigerten Auffassung des Monarchenamtes erträgt auch die gesündeste Fürstnfamilie nicht mehr. Erst die Befreiung vom Monarchismus wird die Familientragödie der Fürstengeschlechter vom dunklen Ahnenfluch erlösen.

## Frommer Müßiggang.

Von Leo N. Tolstoi.

(Aus seinem hinterlassenen Werk Der Lebensweg.)  
Ein Mönch nahm seine Zuflucht in ein Kloster. Betete un-  
aufhörlich und stand nachts zweimal auf, um zu beten. Das

Essen brachte ihm ein Bauer. Da überfamen ihn Zweifel, ob seine Lebensweise so gut wäre. Und er ging zum Abt, um mit ihm Rücksprache zu nehmen. Ging hin, erzählte, wie er lebte, wie und mit welchen Worten er betete, nachts aufstünde, sich von milden Gaben nährte und fragte, ob er gut daran täte.

„Alles recht schön,“ sagte der Abt, „geh aber einmal hin und sieh zu, wie der Bauer lebt, der dir das Essen bringt. Vielleicht lernst du etwas von ihm.“

Der Mönch ging zum Bauern und verbrachte mit ihm Tag und Nacht. Der Bauer stand früh auf und sagte nur „Ach Gott!“, ging an die Arbeit und pflügte den ganzen Tag. Spät abends kehrte er heim und beim Schlafengehen sagte er wiederum „Ach Gott!“

So beobachtete der Mönch das Leben des Bauern. Hier kann ich nichts lernen, dachte er und wunderte sich, daß der Abt ihn zu dem Bauern geschickt.

Er kehrte zu ihm zurück und erzählte, daß er beim Bauern gewesen wäre, aber nichts gelernt hätte. „Der denkt nicht an Gott, erwähnt ihn nur zweimal den Tag über.“

Da sagte der Abt: „Nimm diese Schüssel voll Öl, geh damit rund ums Dorf herum und fehr dann zurück. Gib aber acht, daß kein Tropfen Öl auf die Erde fließt.“

Der Mönch tat, was ihm aufgetragen war. Als er zurückkehrte, fragte ihn der Abt:

„Nun, wie oft hast du beim Tragen der Schüssel an Gott gedacht?“

Der Mönch gab zu: kein einziges Mal. „Ich habe nur darauf geachtet, das Öl nicht zu verschütten.“

Da sprach der Abt: „Diese eine Schale mit Öl hat dich so in Anspruch genommen, daß du kein einziges Mal an Gott gedacht hast. Der Bauer aber ernährt durch seine Arbeit sich und seine Familie und dich und denkt dabei noch zweimal täglich an Gott.“

### Kleines Feuilleton.

#### Die Wirkung niederen Luftdrucks auf den Menschen.

Vier englische Naturforscher hatten im letzten Sommer zusammen eine Reise nach den Vereinigten Staaten unternommen, um auf dem bekannten Hochgipfel des Pikes Peak, der eine Höhe von mehr als 4300 Meter besitzt, eine Folge von Beobachtungen oder physiologischen Wirkungen der Luftverdünnung auf den menschlichen Körper auszuführen. Die Ergebnisse haben sie jetzt gemeinsam vor der Royal Society in London berichtet. Auf dem Gipfel herrscht ein mittlerer Luftdruck von 457 (statt 760) Millimeter. Da sich dort ein Steinhaus befindet, fanden die Forscher einen sicheren Aufenthalt, den sie auf fünf Wochen ausdehnten. Ihr Hauptziel war die Feststellung, inwieweit und durch welche Mittel der Körper sich dem niederen Luftdruck und dem damit verbundenen Sauerstoffmangel anpasse. In den ersten zwei bis drei Tagen litten sie alle mehr oder weniger an Uebelkeit, Verdauungsbeschwerden und Kopfschmerzen. Das Gesicht und namentlich die Lippen waren blau verfärbt. Bei irgendwelcher Arbeit kam es zu großer Atemnot, und zuweilen zu Ohnmachten. Nach zwei bis drei Tagen begannen sich aber bereits deutliche Merkmale einer Anpassung zu zeigen. Alle krankhaften Erscheinungen, die übrigens auch bei den vielen Touristen, die den Gipfel erstiegen, beobachtet wurden und sämtlich auf den Sauerstoffmangel zurückzuführen waren, verschwanden bei den Forschern nach dieser Zeit. Nur die Atembeschwerden bei körperlicher Anstrengung blieben bestehen, und dann kam es auch häufig noch zur Blaufärbung im Gesicht. Im übrigen blieb die Atmung jetzt ganz normal, auch hinsichtlich des Kohlenäuredrucks in den Lungenbläschen. Die Zahl der roten Blutkörperchen nahm im Laufe der Wochen zu und verminderte sich in entsprechendem Grade, nachdem der Abstieg vom Berge wieder vollzogen war; jedoch ging der gleichzeitig entwickelte Ueberfluß an rotem Blutstoff erst langsam zurück. Außer dieser Änderung des Blutes wird die Anpassung an die Luftverdünnung hauptsächlich durch die Lunge bewirkt.

#### Die Geisteserkrankung der Erwachsenen

— so plaudert Prof. Meub (Wien) im Kosmos — ist wohl noch ein Rest jener Angst eines Sperlings, den wir etwa jahrelang beherbergt haben, der uns kennt und uns befreundet ist und dennoch die Federn sträubt, faucht und sich ganz entsetzt gebärdet, wenn man in der Dämmerung an seinen Käfig tritt. Nur verliert seine Angst auf einer durchaus realen Grundlage, denn bei einem im Freien lebenden Sperling, der jede Nacht von irgend einem Insektum angegriffen und getötet werden kann, ist dies ein ganz natürliches Verhalten, während beim erwachsenen Menschen die Phantasie einfach ungeheuerlich arbeitet. Rum Beispiel: Ein Herr übernachtet in einem Hotel, wird aber aufmerksam gemacht, daß es in diesem

Raum nicht geheuer sei, ein anderer sei aber leider nicht mehr zur Verfügung. Er legt sich lachend und ruhig zu Bett. Nachts erwacht er, fühlt aber, als er sich umdrehen will, seinen linken Arm festgehalten. Es gruselt ihn schon, doch gelingst es ihm noch, mit dem freien Arm Licht zu machen. Ein Gafeln an der Wand hielt das Hemd und durch dieses den Arm fest. Der Intellekt und auch das Gemüt waren hierdurch entlastet. — In irgendeiner Gegend hatten die Bauern die Gewohnheit angenommen, alles a h a u s s c h w ö r e n. Der verzeifelte Gerichtsbeamte faßt sich ein Herz und verbindet einmal, einen Meineid erwartend, das beim Schwur zu berührende Kreuzfig mit einer geladenen Leidener Flasche. Der Schwur unterbleibt, und die Meineide sollen seither in jener Gegend sehr selten geworden sein. — Eine K e l l n e r i n wird eines Abends von den Stammgästen gehänselt, sie hätte nicht den Mut, jetzt bei Nacht aus dem W e i n h a u s e des nahen Friedhofes einen S c h ä d e l z u h o l e n. Sie macht sich jedoch ohne Rögern auf den Weg. Im Weinhaufe greift sie nach einem Schädel. Da tönt es mit Grabesstimme: „L a h m i r m e i n e n K o p f!“ Sie greift nach einem andern. Wieder eine warnende Stimme. „A h w a s, d u D e p p l! D u h a s t d o c h n i c h t z w e i g e h a b t.“ Die stramme Maid, wohl mit den Geistern der Finsternis vertraut, hatte kalten Mutes die Gleichheit der Stimmen erkannt und enteilt mit dem Schädel. Also, ruhig Mut, wenn dir auch einmal eine Geistesergriffenheit passiert!

#### Ein Tintenbaum mit Füllfederhalter.

Wie die bekannte naturwissenschaftliche Zeitschrift Nature berichtet, wächst in Indien ein Baum, der von den Eingeborenen ganz richtig „Tintenbaum“ genannt wird, aber auch der Baum der Schriftsteller genannt werden könnte, denn sein Holz ist von einer Flüssigkeit durchdrängt, die beinahe dieselben Wirkungen auf weißem Papier offenbart, wie die Tinte. Schneidet man von dem Tintenbaum einen Zweig ab und gibt ihm vorne eine Spitze, so läßt sich dieser Zweig längere Zeit als Füllfederhalter benutzen, man kann also mit ihm schreiben, ohne die Feder eintauchen zu müssen, denn die Flüssigkeit hält längere Zeit an. Allerdings verlieren die abgeschnittenen Holzstücke mit der Zeit ihre Schreibfähigkeit. Durch Eintauchen in Wasser gewinnen sie aber diese Schreibfähigkeit wieder. Freilich ist dann die Farbe nicht mehr tief schwarz, sondern hellgrau, aber trotzdem immer noch ziemlich deutlich lesbar. Besonders bemerkt wird noch, daß die Flüssigkeit dieser „natürlichen Füllfederhalter“, die sich vor den künstlichen durch ihre große Billigkeit auszeichnen, in der chemischen Zusammensetzung mit der Tinte nichts gemeinsames haben, nur die chemische Wirkung der Flüssigkeit ist dieselbe. Es wird sich fragen, ob es dem indischen Handel möglich ist, diese neuen Füllfederhalter auch nach Europa einzuführen, das würde eine große Revolution in der Schreibwarenindustrie bedeuten.

#### Türkischer Wis.

Der türkische Satiriker Schevdet Veh hat vor kurzem ein Büchlein unter dem Titel D e r s c h w a b h a f t e P a p a g e i erscheinen lassen, in dem sich u. a. folgende Aphorismen finden:

Das allgemeine Wohl setzt sich aus einzelnen Unglücksfällen zusammen.

Wer mehr gibt, als er hat, wird ein Schelm genannt; wer mehr verspricht, ein Schaufopf.

Wieviel würde ein Bräutigam seiner Liebsten geben, wenn er wüßte, daß sie ihn um seiner selbst willen liebt!

Wie weit man doch die Höflichkeit treiben kann: In einem europäischen Staat gingen die Bürger zum König und fragten untertänigst: „Gestatten Sire, daß wir Revolution machen?“

„Ich habe noch nie geweint,“ erzählte eine Dame, „wenn einmal etwas nicht nach meinem Wunsch ging.“ — Sie war unverheiratet.

„Waren Sie nicht entsetzt, als Ihnen der Kerl das Brot entriß und Ihnen einen Kuch raubte?“ fragte eine junge Frau eine ältere. — „Mein lieber Räuber, sagte ich nur,“ entgegnete diese.

### Humor und Satire.

Vom neuen Reichstag. (Ein Schwarzblauer zum andern): „Wenn der Präsident mal Franz wird, sind wir mundtot gemacht. Wir können doch nicht Sozialdemokraten ums Wort bitten!“

Nicht mehr Landesgemäß. „Weißt du, mit dem Erbrechen ist es schon wie mit dem Nadeln: es wird jetzt auch in den untern Schichten zu sehr Mode. Man kann das bald nicht mehr mitmachen!“ (Simpl.)

Verantwortlich: Karl Dock in Halle a. S. — Druck der Halleischen Genossenschafts-